

Prange, Martin; Warsewa, Günter

Working Paper

Arbeit und nachhaltige Stadtentwicklung: das Handlungsfeld lokale Ökonomie

WZB Discussion Paper, No. P 00-514

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Prange, Martin; Warsewa, Günter (2000) : Arbeit und nachhaltige Stadtentwicklung: das Handlungsfeld lokale Ökonomie, WZB Discussion Paper, No. P 00-514, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/50273>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Veröffentlichungsreihe der Querschnittsgruppe **Arbeit & Ökologie**
beim Präsidenten des
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

P00-514

**Arbeit und nachhaltige
Stadtentwicklung –
das Handlungsfeld lokale Ökonomie**

Martin Prange, Günter Warsewa



Berlin, im Juni 2000

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB)
Reichpietschufer 50, 10785 Berlin
Telefon: (030) 254 91-0

Querschnittsgruppe „Arbeit & Ökologie“

Im WZB sind auf Initiative des Präsidenten „Querschnittsgruppen“ zu Themen eingerichtet worden, die in mehreren Abteilungen bearbeitet werden und abteilungsübergreifend besondere Aufmerksamkeit verdienen. Bestehende Forschungsansätze und Forschungsarbeiten werden neu ausgerichtet auf wissenschaftliche Zusammenhänge hin, deren Erforschung von der Verknüpfung unterschiedlicher abteilungsspezifischer Kompetenzen profitieren kann. In Querschnittsgruppen werden auf Zeit problembezogene Forschungs Kooperationen organisiert.

Die Querschnittsgruppe Arbeit & Ökologie konzentriert ihre Aktivitäten in den Jahren 1998 und 1999 auf ein Forschungsprojekt, das soziale und arbeitspolitische Aspekte in ihrer Wechselwirkung mit zentralen Elementen von unterschiedlich akzentuierten Nachhaltigkeitskonzepten zum Untersuchungsgegenstand hat. Es wird in einem Forschungsverbund mit den Kooperationspartnern Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (WI) durchgeführt und von der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) gefördert. An dem Projekt „Arbeit + Ökologie“ beteiligen sich seitens des WZB Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus sechs Forschungseinheiten. Eckart Hildebrandt (Abteilung „Regulierung von Arbeit“) und Helmut Weidner (Abteilung „Normbildung und Umwelt“) koordinieren die Querschnittsgruppe und leiten das Forschungsprojekt, an dem auch externe Experten beteiligt sind.

Über die Arbeitsergebnisse wird fortlaufend in WZB-discussion-papers informiert. Eine Übersicht der bisher erschienenen Papiere findet sich am Ende des vorliegenden papers.

Weitere Projektinformationen sind im Internet unter <http://www.wz-berlin.de/aoe/> und <http://www.a-und-oe.de> erhältlich.

Verbundprojekt „Arbeit + Ökologie“

Die Gewerkschaften haben im DGB-Grundsatzprogramm von 1996 die Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung zu einer wichtigen Aufgabe erklärt. Ihre Suche nach einer sozial-ökologischen Reformstrategie steht unter der Prämisse, daß ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele gleichwertig verfolgt werden müssen, wobei erhebliche Defizite bei der Berücksichtigung der sozialen Dimension von Nachhaltigkeitskonzepten konstatiert werden.

Vor diesem Hintergrund haben sich die drei Forschungsinstitute DIW, WI und WZB mit ihren jeweils spezifischen fachlichen Kompetenzbereichen zum Forschungsprojektverbund „Arbeit + Ökologie“ zusammengetan. Dessen Hauptziel ist es, soziale und arbeitspolitische Aspekte in ihrer Wechselwirkung mit zentralen Elementen von unterschiedlich akzentuierten Nachhaltigkeitskonzepten zu untersuchen. Damit soll die Diskussion in Deutschland mit neuen Aspekten belebt und den Gewerkschaften eine fundierte Grundlage für ihren Strategiebildungsprozeß geboten werden.

Dabei wird sich das Forschungsprojekt auf drei Leitfragestellungen konzentrieren: (1) das Verhältnis zwischen den sozialen Implikationen von Nachhaltigkeitsstrategien und gewerkschaftlichen Zielen, (2) die Bausteine einer sozial-ökologischen Reformstrategie und (3) die Rolle der deutschen Gewerkschaften in einem gesellschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskurs.

Das Projekt ist in die folgenden drei, zeitlich gestaffelten Phasen gegliedert:

Querschnittsanalysen: Sie dienen der Erfassung und Klärung der vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Nachhaltigkeit und Arbeit, die sich aus ökonomischer, sozialer und ökologischer Sicht ergeben. Hierbei wird es auf der Makroebene etwa um Fragen von Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsentwicklung, sozialer Sicherheit und Ressourcenverbrauch gehen; auf der Mikroebene werden neue Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeiten, das Verhältnis von formeller und informeller Arbeit sowie sozial-ökologische Innovationspotentiale untersucht. Die Analyseergebnisse sollen Grundlagen für die Beurteilung von Szenarien schaffen und der Formulierung von Strategien dienen.

Szenarioanalysen: Um dem Spektrum verschiedener Positionen in der Nachhaltigkeitsdiskussion gerecht zu werden, sollen zwei unterschiedliche Nachhaltigkeitsszenarien entwickelt und analysiert werden. Das sogenannte ökonomisch-soziale Szenario (DIW) geht von der ökonomischen Kritik an der vorherrschenden Wirtschaftspolitik aus, während das sogenannte ökologisch-soziale Szenario (WI) auf der ökologischen Kritik vorherrschender umweltrelevanter Politikmuster basiert. Als Hintergrundfolie für die Beurteilung dieser beiden Nachhaltigkeits-szenarien dient ein sogenanntes angebotsorientiertes Kontrastszenario (DIW), das auf einer Fortschreibung bisher dominierender wirtschaftspolitischer Konzepte beruht.

Erarbeitung von Strategieelementen: Die Bewertung der Szenarien nach (aus den Querschnittsanalysen gewonnenen) ökonomischen, ökologischen und sozialen Kriterien der Nachhaltigkeit soll Zielkonflikte und -synergien aufdecken und damit der Strategieformulierung dienen. Diese können – gemeinsam mit weiteren Strategien, die aus der Analyse von Konfliktpotentialen und aus den Querschnittsanalysen gewonnen wurden – einen Beitrag für die Entwicklung einer gewerkschaftlichen sozial-ökologischen Reformstrategie liefern.

Arbeitspolitisch-soziale Querschnittsanalysen

Der Versuch, soziale Interessenlagen und gesellschaftliche Entwicklungsdynamiken mit ökologischen Anforderungen in Verbindung zu bringen, stößt unmittelbar auf die tiefe Trennung der gesellschaftlichen Systemlogiken (Ökologie, Ökonomie, Soziales), die in den gültigen Regelungssystemen, den Strategien und Maßnahmen der gesellschaftlichen Akteursgruppen in den jeweiligen Politikfeldern und auch in den Köpfen der Wissenschaftler eingeschrieben ist. Obwohl immer wieder Initiativen zur Verknüpfung von Arbeit und Ökologie gestartet werden, sind diese bisher punktuell und widersprüchlich geblieben. Das Beispiel der Beschäftigungswirkungen von Umweltschutzmaßnahmen ist hier das prägnanteste. Eine systematische Analyse der Vielfalt und der Vielschichtigkeit der Zusammenhänge steht bisher aus.

Zur Überwindung dieser Segmentierung, und um die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Arbeit und Ökologie zu erfassen, führt das WZB für den arbeitspolitisch-sozialen Teil des Forschungsvorhabens eine breite Überblicksanalyse zu den Berührungspunkten zwischen Arbeit und Ökologie durch, die durch drei Politikfelder geprägt werden: den Entwicklungstrends der Erwerbsarbeit (Wettbewerbsmodelle), der Stellung der Arbeit in Nachhaltigkeitskonzepten bzw. ihre arbeitspolitischen Folgen und den Zukunftserwartungen an Arbeit, wie sie von der Arbeitsbevölkerung und ihren Interessenvertretungen gesehen werden (Wohlstandsmodelle).

Mit dieser Vorgehensweise soll (a) die ganze Breite arbeitspolitischer Gestaltungsfelder durchgeprüft werden, um sicherstellen, daß auch die eher indirekten ökologischen Voraussetzungen und Folgen arbeitspolitischer Strategien erfaßt werden, (b) die verschiedensten Wechselwirkungen analysiert werden, ohne sie aus den arbeitspolitischen Bewertungszusammenhängen zu lösen, sowie (c) durch die breite Überblicksanalyse alle für eine gewerkschaftliche Nachhaltigkeitsstrategie relevanten Felder und Strategien ausfindig gemacht werden, d. h. sowohl Bereiche hoher Synergie wie auch Bereiche absehbarer Konflikte.

Aufgrund der Wahl eines breiten, überblicksanalytischen Ansatzes ergab sich notwendigerweise das Problem der Strukturierung und Bündelung der zahlreichen Themenbereichsanalysen. Hierzu wurden fünf Themenfelder konstruiert, in denen Detailanalysen anzufertigen waren, die um Überblicksanalysen ergänzt werden. Die Themenfelder lauten:

- I. Arbeit im und durch Umweltschutz
- II. Risiken und Chancen in der Erwerbsarbeit, neue Arbeitsformen und Arbeitsverhältnisse
- III. Gesundheitsschutz – Arbeitsschutz – Umweltschutz
- IV. Neue Formen der Arbeit und der Versorgung
- V. Neue Regulierungsformen

Die arbeitspolitisch-soziale Querschnittsanalyse des WZB stellt mit ihrer Vielzahl von Bereichsanalysen durch die analytische Erschließung des Zusammenhangs von Entwicklungstrends der Erwerbsarbeit mit den Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung unter Einbeziehung der subjektiven Wertvorstellungen zu Arbeit einen eigenständigen Forschungsschritt dar. Mit der Veröffentlichung der einzelnen Studien werden die Resultate der arbeitspolitisch-sozialen Querschnittsanalysen einer breiten Diskussion zugänglich gemacht.

P00-514

**Arbeit und nachhaltige
Stadtentwicklung –
das Handlungsfeld lokale Ökonomie**

Martin Prange, Günter Warsewa*

* Universität Bremen

Zusammenfassung

Die vorliegende Untersuchung fragt nach Potentialen zur Umgestaltung und Modernisierung des Arbeitssystems, die sich aus der Verknüpfung von lokalen Initiativen zur nachhaltigen Stadtentwicklung (AGENDA 21-Prozessen) mit arbeits- und beschäftigungsorientierten Maßnahmen und Vorhaben ergeben könnten. Sie geht davon aus, daß der „lokalen Ökonomie“ hierbei eine Schlüsselrolle zukommt. Da sich der lokale AGENDA 21-Prozeß hier dadurch auszeichnet, daß Fragen der sozialen Integration eine wichtige Rolle spielen und auch die Arbeitnehmervertretungen verhältnismäßig stark engagiert sind, wurden die o. g. Fragestellungen in der Form einer Fallstudie über den lokalen AGENDA 21-Prozeß in Bremen bearbeitet.

Nach dreijährigem Verlauf läßt sich festhalten, daß – nicht nur, aber auch – durch die gewerkschaftliche Beteiligung am lokalen AGENDA 21-Prozeß die oftmals dominierende ökologische Ausrichtung solcher Prozesse vermieden werden konnte. Die Bearbeitung von arbeits- und beschäftigungspolitischen wie von sozial-integrativen und gemeinwesenorientierten Problemen hat freilich auch die vielfachen Widersprüchlichkeiten innerhalb des magischen Dreiecks der Nachhaltigkeit deutlicher hervortreten lassen. Gleichwohl ist es in kollektiven und kooperativen Entwicklungsprozessen gelungen, eine Reihe von Vorhaben und Projekten zu realisieren, die neue Beschäftigungsangebote und/oder -zugänge eröffnen oder zur „Normalisierung“ von prekären, sozial riskanten, marginalen und wenig anerkannten Tätigkeiten und Beschäftigungsformen beitragen. Die lokale Ökonomie erweist sich dabei als ein geeignetes Experimentierfeld, das aufgrund seiner Nähe zu den lebensweltlichen Bedürfnissen und seiner kleinteiligen Struktur relativ sensibel und flexibel auf veränderte Anforderungen reagieren kann.

Gewerkschaftliches Engagement stößt in derartigen Zusammenhängen auf zwei strukturelle Probleme: (1.) Die Beteiligung an außerbetrieblichen, lebensweltlichen Gestaltungsprozessen steht im Gegensatz zu der anhaltenden Grundtendenz gewerkschaftlicher Praxis, sich auf „das Kerngeschäft“ der Sicherung von Einkommen und sozialen Standards zu konzentrieren. In kooperations- und konsensorientierten stadtpolitischen Arbeitszusammenhängen besteht überdies (2.) immer das Risiko, für Problemlösungen vereinnahmt zu werden, die von einem betriebspolitischen Interessensstandpunkt kaum zu rechtfertigen sind.

Gleichwohl bieten sich sowohl in einer interessen- als auch einer organisationspolitischen Dimension gewerkschaftlichen Handelns auch neue Chancen.

Abstract

With regard to the key-role of the local economy (or neighbourhood-economy) the case study about the local AGENDA 21 in the City of Bremen asks, how activities for sustainable development in today's cities (AGENDA 21-Processes) can support innovation and modernisation in the labour market and the employment system. The evaluation of projects in the local economy, which were launched or supported

in the context of the local AGENDA 21-Process shows that the local economy is a very suitable field of experiments, because it is able to react sensible and flexible on social and economic changes in cities and quarters. These projects succeeded in creating new ways into employment and – in some cases – avoid the social risks of low quality jobs. However the analysis also shows, that conflicts between social, economic and ecologic goals are growing, when labour and employment questions are seriously introduced into the local AGENDA 21-Process.

Not only because of these conflicts the participation of trade unions in the AGENDA 21-Process is not easy. They also have the problem, that the results of political processes, which focus on urban development and on co-operation and consensus between different social groups and interests may come in conflict with their struggle for better wages, employment standards and social security. Nevertheless, also for the unions there might be new chances in these processes.

Inhalt

1. Problemstellung und Gegenstand	1
2. Entwicklung, Bedeutung und Potentiale der lokalen Ökonomie	5
2.1 Lokale Ökonomie – Eingrenzung und Begriffsbestimmung	5
2.2 Entwicklung und Bedeutung der lokalen Ökonomie	8
2.3 Verlagerung, Konzentration, Flexibilisierung – Risiken und Chancen.....	11
3. Lokale Ökonomie und AGENDA 21	20
4. Schlußfolgerungen zu den Leitfragen des Gesamtvorhabens „Arbeit und Ökologie“	27
4.1. (Zukunfts-)Trends und deren Bedingungen	27
4.2 Wechselwirkungen mit ökologischen Anforderungen	29
4.3 Ansätze für soziale Innovationen	29
4.4 Beiträge zur Verknüpfung von nachhaltiger Entwicklung und Lebensqualität	31
4.5 Gewerkschaftliche Beteiligungs- und Handlungsmöglichkeiten	31
Literatur	36

1. Problemstellung und Gegenstand

Die Ausgangsfrage der Untersuchung mutet angesichts der Dynamik moderner gesellschaftlicher Entwicklungen fast vermessen an: Was läßt sich gewinnen, wenn zwei der scheinbar deutlichsten Verlierer sogenannter Basistrends (Globalisierung, Tertiarisierung, Individualisierung, Enttraditionalisierung usw.) zusammengespannt werden?

Gemeint ist damit zum einen die europäische Stadt, die in ihrer bislang ausgebildeten Form alle Funktionen für ein attraktives urbanes Leben in dichter, kompakter und vielfältiger Mischung bereithielt und die in dieser Form vom Verschwinden bedroht sei (Krämer-Badoni/Petrowsky 1997). Diese Annahme stützt sich auf jene vielfach belegten Tendenzen, die mit Stichworten wie Verschärfung des Standortwettbewerbs, Ökonomisierung und räumliche Entmischung der Stadtfunktionen, flexible Spezialisierung des Massenkonsums, Suburbanisierung, soziale Polarisierung und Ausgrenzung, Pluralisierung der Lebensstile und Milieus, Krise der öffentlichen Haushalte beschrieben werden.

Zum anderen bezieht sich die Verliererthese auf jene hergebrachte Form der Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit auszugehen droht und deren klassisches Leitbild, das „Normalarbeitsverhältnis“, einem Prozeß rapider Erosion unterliegt. Dafür stehen die bekannten Erscheinungen wie anhaltende Massenarbeitslosigkeit, Spaltung des Arbeitsmarkts, Zunahme von prekären Beschäftigungsformen und nicht zuletzt ein enormer Anpassungsdruck auf individuelle Einstellungs-, Verhaltens- und Lebensweisen, der von den Deregulierungs-, Rationalisierungs- und Flexibilisierungsbemühungen im Unternehmensbereich ausgeht (Sennett 1998; Boulin 1998; Henckel 1998).

Beide Prozesse – die Krise der Stadt und die Krise der Arbeitsgesellschaft – entwickeln sich selbstverständlich nicht unabhängig voneinander, sondern in einem sozialen und ökonomischen Zusammenhang und verstärken sich gegenseitig. Diese Dynamik wird noch durch die dominierenden politischen Strategien befördert, die sich im wesentlichen auf die Anpassung an die o. g. Basistrends richten. Städte und Regionen setzen im Sog dieser Entwicklungen vor allem auf den Ausbau und die Förderung jener Wirtschaftssektoren, die als „modern“ im Sinne von „überregional konkurrenzfähig“ gelten und von denen erwartet wird, daß sie die eigene Position im zugespitzten Wettbewerb der Standorte verbessern. Diese „außenorientierten Leitsektoren“ (Läpple 1996: 132) weisen je nach Struktur und Tradition der Wirtschaftsregionen eine unterschiedliche Zusammensetzung auf; typischerweise gehören dazu aber aufgewertete Innenstädte *und* großflächige Einkaufszentren mit attraktiven Konsumangeboten und hoher Erlebnisqualität für ein möglichst großes räumliches Einzugsgebiet; „festivalisierte“ (Häußermann/Siebel 1993) Kultur-, Freizeit- und Entertainmentangebote mit überregionaler Ausstrahlung; Technologieparks, Wissenschaftseinrichtungen, Medien, Kommunikations- und Informationsdienstleister sowie andere unternehmensnahe Dienstleistungen. Gefördert werden überdies hochtechnologische Inno-

tionen und Anwendungen in traditionellen Bereichen, sofern sie überregionale wirtschaftliche Erfolge versprechen. Neben der Konzentration auf diese „modernen“ Segmente richtet sich regionale bzw. städtische Wirtschafts- und Strukturpolitik allenfalls noch auf die großbetrieblichen Strukturen „klassischer“ Industriebranchen, die ohnehin weitgehend in überregionale oder globale Marktzusammenhänge integriert sind.

Was gemeinhin als „Strukturwandel“ verstanden wird, zeichnet sich mithin durch eine räumlich und ökonomisch expansive, maßstabsvergrößernde Dynamik aus, die zu Lasten der „altindustriellen“ Verliererbranchen und darüber hinaus häufig kleinerer und mittlerer Betriebe geht – mit der Folge von erheblichen Beschäftigungsverlusten. Die Hoffnung, daß das Wachstum im Dienstleistungsbereich hier für Kompensation sorgt, hat sich nicht erfüllt. Insbesondere in den Städten erzeugen überdies die steigende Erwerbsnachfrage und die Zuwanderungsbewegungen, die in weiten Teilen Armutszuwanderung sind, zusätzlichen Druck auf den Arbeitsmarkt. Als Folge dieser Entwicklungen steigt die Zahl der Arbeitslosen und der Sozialhilfeempfänger in den Städten seit einigen Jahren stetig an. Daneben ist mit den Deregulierungen und Flexibilisierungen im Arbeits- und Beschäftigungssystem auch die Zahl kurzzeitiger, geringfügiger, nicht existenzsichernder Beschäftigungsverhältnisse angewachsen. Arbeitslosigkeit und unsichere oder unzureichende Beschäftigung haben sich in den letzten Jahren verfestigt und verknüpfen sich zunehmend mit weiteren Formen der sozialen Benachteiligung und Ausgrenzung wie z. B. Wohnungsnot oder Unterversorgung mit Bildungs- und Gesundheitsleistungen. In den Städten konzentrieren sich diese Problemlagen häufig in Stadtteilen oder Wohnquartieren, die für die lokale bzw. kommunale Politik kaum noch zugänglich sind. Auf der Ebene der Kommunen schlägt mithin die volle Last des gesellschaftlichen Problemzusammenhangs durch, „sie sind zunehmend zur Endstation der Krise der Arbeitsgesellschaft geworden und dann fast völlig ausgeblutet, wenn es um ihre örtlichen Belange gehen soll“ (Trube 1997: 45).

Mit dem ökonomischen Strukturwandel ging aber auch ein Strukturwandel ökologischer Problemlagen einher: Nicht mehr die gesundheitsschädlichen Verschmutzungen von Böden, Wasser und Luft durch industrielle Emissionen stehen im Zentrum der Aufmerksamkeit, sondern die steigenden Ressourcen- und Flächenverbräuche, wachsende Nutzungskonflikte um städtischen Raum und städtische Funktionen sowie die Folgen eines stetig wachsenden Konsums von Produkten und Gütern. Dies betrifft eine Vielzahl von Akteuren mit ihren verschiedenen Rollen als z. B. BürgerInnen, AnwohnerInnen, KonsumentInnen, UnternehmerInnen, Beschäftigte oder Eltern. Mit diesen Rollen verbinden sich – zum Teil in einer Person oder in einem Haushalt – unterschiedliche Interessen, die sich ihrerseits auf verschiedene Handlungsfelder wie Arbeit, Freizeit, Mobilität, Wohnen, Bildung etc. richten und vielfache Konflikte herstellen. So leiden z. B. unter den Parksuchverkehren im Wohnquartier die AnwohnerInnen ebenso wie die Parkplatzsuchenden. In der Rolle der AnwohnerIn werden aber unter Umständen Problemlösungen angestrebt, die von der gleichen Person in der Rolle der ParkplatzsucherIn strikt abgelehnt würden.

Diese modernen ökologischen Konflikte in den Städten sind im Kern neue Verteilungskonflikte zwischen Lebensstilen und sozialen Milieus, deren Zahl anwächst und die ihre unterschiedlichen Ansprüche an die Stadt und den Stadtraum durchzusetzen versuchen. Unabhängig davon, ob bestimmte Bevölkerungsgruppen sich diesen Konflikten entziehen, indem sie die „exit-option“ wählen und an den Stadtrand oder ins Umland ziehen, oder ob sie sich an diesen Verteilungskonflikten beteiligen, immer erhöhen sie durch ihr Verhalten den sozialen Problemdruck in den Städten. Insofern sind die skizzierten Prozesse als gleichgerichtete, sich gegenseitig verstärkende Problemkumulationen zu begreifen, die sich in den Städten „als räumlich konzentrierte Abwärtsspiralen (auswirken), wodurch die tradierte Integrationskraft von Stadtquartieren zerstört wird und das Gemeinschaftsverständnis der Stadtgesellschaft zerbricht“ (Läpple 1996: 132).

Genau diese komplexen Wechselverhältnisse zwischen den Dimensionen der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung sind Gegenstand des magischen Dreiecks der Nachhaltigkeit. Verstanden als gesellschaftliche Aufgabe, kann die Stabilisierung in einer der drei Dimensionen angesichts dieser Wechselwirkungen nur dann aussichtsreich sein, wenn sie mit mehr oder minder gleichlaufenden Stabilisierungen der beiden anderen Dimensionen verbunden ist.

Diese Aufgabe nimmt auf regionaler bzw. lokaler Ebene eine konkrete und bearbeitbare Gestalt an. Überdies erscheint die Orientierung von Wirtschaftsprozessen, Lebenszusammenhängen und Alltagspraxis auf die lokale/regionale Ebene auch als normative Leitvorstellung geeignet, den expansiven, maßstabsvergrößernden Tendenzen entgegenzuwirken. Eine verstärkte lokale Orientierung und Einbettung von wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen ist als notwendige soziale Voraussetzung zu verstehen, um z. B. Flächenverbräuche zu verringern, Verkehr zu vermeiden und soziale Integration zu stärken. Das magische Dreieck der Nachhaltigkeit in AGENDA 21-Prozessen zur Grundlage gesellschaftlicher Gestaltungsprozesse zu machen, bedeutet daher auf lokaler Ebene, drei Ziele zu verfolgen:

1. Ein Ziel ist das einer Maßstabsverkleinerung der mentalen Orientierungen, funktionalen und sozialen Beziehungen, die zunehmend aus konkreten Anwesenheitszusammenhängen „entbettet“ werden (Giddens 1995). Selbstverständlich läßt sich mit der Rückbesinnung auf lokale/regionale Zusammenhänge nicht jedes Problem lösen, und selbstverständlich ist „small“ nur dann „beautiful“, wenn es nicht neue oder verschärfte Probleme herstellt. In vielen Bereichen lassen sich jedoch durch Verdichtung von räumlichen Strukturen und „Rückbettung“ von sozialen Beziehungen (Stichworte sind z. B. „Stadt-Umland-Kooperation“ oder „Stadt der kurzen Wege“) synergetische und stabilisierende Effekte erwarten.
2. AGENDA 21-Prozesse müssen sich darum bemühen, die Balance des gesamten Handlungs- und Wirkungszusammenhangs, d. h. zwischen den gesellschaftlichen Ansprüchen an soziale Sicherheit und Integration, an wirtschaftliche Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit sowie an ökologische Dauerhaftigkeit und Verträglichkeit beizubehalten bzw. wiederherzustellen.

3. Angesichts der desintegrativen Tendenzen des sozialen Wandels und des hohen Konfliktpotentials zwischen den Dimensionen des Nachhaltigkeitsdreiecks müssen AGENDA 21-Prozesse darauf ausgerichtet sein, selbst als Arbeitsprozesse zu funktionieren, in denen immaterielle Gemeingüter (Ideen, Enabling, Empowerment, Selbsthilfe- und Selbstorganisationspotentiale) und soziales Kapital (Nähe, Vertrauen, soziale Beziehungen, kollektive und kooperative Handlungsoptionen) hergestellt werden. Investitionen in soziales Kapital, verstanden als der Bestand sozialer (Netzwerk-)Beziehungen, über den die Gesellschaftsmitglieder verfügen können, erweitern die individuellen Handlungspotentiale und befördern gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt in einer Gesellschaft. „Hinreichendes“ soziales Kapital ist somit eine Ressource, deren Mobilisierung einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung gesellschaftlicher Veränderungsprozesse leisten kann. Insofern geht es bei der lokalen Agenda 21 nicht nur um die „Produktion“ von sozialem Kapital, sondern auch um dessen Mobilisierung und Nutzung für gesellschaftliche Prozesse, an denen viele Individuen und Gruppen beteiligt sein sollen und sind.

Ausgangspunkt der Untersuchung ist die These, daß – insbesondere in Großstädten – für die Annäherung an diese Ziele der lokalen Ökonomie eine Schlüsselfunktion zukommt. Hier fließen die angesprochenen Probleme zusammen, entfalten ihre Wirkungen und Rückwirkungen auf andere Bereiche der städtischen Entwicklung. Am Beispiel Bremens (und unter Hinzuziehung anderer regionaler Beispiele und Erfahrungen) soll daher untersucht werden, welche Stabilisierungs- und Erneuerungspotentiale für Arbeit und Beschäftigung in der lokalen Ökonomie durch AGENDA 21-Prozesse mobilisiert und genutzt werden können. Dabei wird in drei Schritten argumentiert:

Kap. 2: Was ist lokale Ökonomie, wie entwickelt sie sich, welche Rolle spielt sie in der urbanen Entwicklung?

Kap. 3: Welchen Beitrag kann die lokale Ökonomie zur nachhaltigen Entwicklung des Wirtschafts- und des Arbeitssystems leisten?

Kap. 4: Welche Schlußfolgerungen ergeben sich daraus zu den Leitfragen des Gesamtvorhabens „Arbeit und Ökologie“?

2. Entwicklung, Bedeutung und Potentiale der lokalen Ökonomie

2.1 Lokale Ökonomie – Eingrenzung und Begriffsbestimmung

Der Versuch, lokale oder quartiersbezogene Ökonomien einzugrenzen, um Aussagen über quantitative und qualitative Entwicklungen und zukünftige Anforderungen zu treffen, stößt zunächst auf methodische Probleme, da die herkömmliche statistische Zuordnung einzelner Betriebe bzw. Beschäftigter nach Branchen und Sektoren kaum geeignet ist, die tatsächliche Differenzierung der wirtschaftlichen Strukturen und ihrer unterschiedlichen Entwicklungsdynamiken sowie deren horizontale und vertikale Verflechtungen adäquat wiederzugeben. Um die spezifischen Entwicklungsdynamiken einzelner Branchen wie auch die konkreten (regional-)wirtschaftlichen Verflechtungen zu erfassen und sichtbar werden zu lassen, werden daher Branchen und Sektoren zu ökonomischen „Clustern“ gruppiert, die auf der „Gleichzeitigkeit von Spezialisierung und funktionaler Differenzierung in Verbindung mit einer komplementären, öffentlichen Infrastruktur“ beruhen und „die Basis für vielfältige zwischenbetriebliche Kooperationsmöglichkeiten“ darstellen (Kilper/Rehfeld 1992: 5).

Derartige Überlegungen wurden von Läßle, Deecke und Krüger (1994) zu einem analytischen Ansatz weiterentwickelt, der kleinräumige und differenzierte Entwicklungsmuster erkennbar werden läßt. Dabei gingen sie von der These aus, daß sich mit der von der amtlichen Statistik vorgegebenen Branchen- und Sektorstruktur die für eine Stadtwirtschaft spezifischen Differenzierungsprozesse nur sehr unzureichend erfassen lassen. In Anlehnung an das Funktionsclusterkonzept Porters¹ wurden die Daten der Beschäftigtenstatistik für Hamburg umgruppiert und neu definierten Funktionsclustern zugeordnet, so daß sich eine möglichst kohärente Gesamtübersicht über die Größenproportionen und die Entwicklungsdynamik der verschiedenen Funktionsbereiche der städtischen Wirtschaft ergab.

Im einzelnen orientiert sich der Versuch, eine lokale Ökonomie für Bremen zu identifizieren und zu definieren, an diesem Konzept² und zieht folgende Kriterien zur Abgrenzung der einzelnen Funktionsbereiche innerhalb der städtischen Wirtschaftsstruktur heran:

- vergleichbare Marktbedingungen,
- vergleichbare Produktions- und Wertschöpfungsstrukturen,
- historisch gewachsene Verflechtungszusammenhänge,
- ähnliche Anforderungen an die Qualifikation der Beschäftigten,

1 „Die beste Regionalpolitik bestimmt Kernzonen industrieller Stärke und baut darauf auf, um geographisch konzentrierte Cluster anzulegen.“ (Porter 1991: 675)

2 Aufgrund der unterschiedlichen Struktur der bremischen und der hamburgischen Wirtschaft wurden einige, zum Teil beträchtliche Modifizierungen vorgenommen.

- gemeinsame Infrastrukturen sowie
- gemeinsame Standortstruktur und Flächennutzung.

Mit Hilfe dieser Kriterien und auf Grundlage der Systematik der Wirtschaftszweige in der amtlichen Statistik werden einzelne Branchen anteilig dem Cluster „Stadtteil- und quartiersbezogene Betriebe und Institutionen“ zugeordnet. Die konkrete prozentuale Zuordnung der Beschäftigten³ ist folgender Tabelle zu entnehmen:

Tab. 1: Stadtteil- und quartiersbezogene Betriebe und Institutionen

Stadtteil- und quartiersbezogene Betriebe und Institutionen		Zuordnung in %
09-11/17-22	Chemische Industrie/Eisen- und NE-Metallerzeugung	10
28-32	Fahrzeugbau (ohne 31 Schiffbau)	10
44	Druckerei und Vervielfältigung	20
52-53	Bekleidungsindustrie	20
61	Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	25
33, 35, 36, 43, 45, 46	Sonstiges Verarbeitendes Gewerbe	20
622-625	Einzelhandel	60
64	Deutsche Bundespost	20
650	Personenbeförderung	50
690	Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute	45
691	Versicherungsgewerbe	25
70	Gaststätten-/Beherbergungsgewerbe, Verpflegungseinrichtungen	40
71	Kinder-, Ledigen-, Alters- und Tagesheime	25
72	Wäscherei und Reinigung (inkl. Schornsteinfeger)	80
73	Friseur und sonstige Körperpflegegewerbe	80
743-748	Allgemein- und berufsbildende Schulen	75
750	Selbständige Unterrichtsanstalten	50
756-758	Sporteinrichtungen	40
76	Kunst, Theater, Film, Rundfunk und Fernsehen	20

3 Es handelt sich hierbei um eine relativ grobe und im einzelnen durchaus diskutierbare Zuordnung – nicht zuletzt, weil sich die Standortbindung einzelner Unternehmen oder ganzer Branchen im Verlauf von Strukturwandelprozessen verändert. Die hier vorgenommene Einteilung bzw. Zuordnung wurde daher verschiedenen Experten – z. B. des Statistischen Landesamtes Bremen, des Bremer Ausschusses für Wirtschaftsforschung – zur kritischen Prüfung vorgelegt. Trotz sorgfältiger Recherchen und Abstimmungen bleiben gewisse Unsicherheiten.

Stadtteil- und quartiersbezogene Betriebe und Institutionen		Zuordnung in %
780	Freiberufliches Gesundheitswesen	75
785	Freiberufliches Veterinärwesen	50
790	Rechtsberatung	30
80	Architektur-, Ingenieurbüros, Laboratorien usw.	30
81	Grundstücks-, Wohnungswesen, Vermögensverwaltung	20
821-830	Ausstellungen, Fotografisches Gewerbe	30
84	Hygienische und ähnliche Einrichtungen	50
85	Leihhäuser, Versteigerungsgewerbe u. a.	30
88	Politische Parteien und andere Organisationen ohne Erwerbszweck	20
89	Christliche Kirchen, Orden, religiöse Vereine	50
90	Private Haushalte	100

Der Bereich der lokalen Ökonomie im engeren Sinne entspricht dabei dem Cluster der stadtteil- und quartiersbezogenen Betriebe und Institutionen, zu denen die privaten Dienstleistungs- und Handwerksbetriebe sowie freiberufliche Tätigkeiten zählen, die überwiegend in lokale Geschäfts- und Kundenbeziehungen eingebunden und auf die unmittelbare Nähe zum Kunden angewiesen sind und deren Absatz überwiegend quartiersgebunden ist. Hinzu kommen die Leistungen der öffentlichen Hand sowie der Organisationen ohne Erwerbszweck mit starkem lokalem Bezug (z. B. Kindergärten oder Schulen).⁴

In einem weiteren Sinne lassen sich lokale Ökonomien vor diesem Hintergrund als jenes Low-Tech-Segment der regionalen Wirtschafts- und Erwerbsstruktur verstehen, das viele der „ganz normalen“ Güter und Dienstleistungen des alltäglichen, privaten Bedarfs bereitstellt und in dem sich erster, zweiter und dritter Arbeitsmarkt, Erwerbsarbeit, Eigenarbeit, Nachbarschaftshilfe und selbstorganisierte soziale Tätigkeitsformen in besonders enger Abhängigkeit mischen. Insofern handelt es sich um eine funktionale Definition, die nicht auf räumliche Lagekriterien gestützt ist, sondern die Qualität und Intensität der Einbindung in – allerdings räumlich konzentrierte – Wirtschafts- und Sozialbeziehungen als Abgrenzungskriterium betont.

4 Bei der konkreten Zuordnung wird auf die wirtschaftssystematische Gliederung der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zurückgegriffen. Das Problem dieser Statistik ist, daß sie weder Beamte, Selbständige noch Beschäftigte mit einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis erfaßt. Rund ein Fünftel aller „Arbeitsplätze“ bleibt damit unberücksichtigt. Gerade das Gewicht der kleinbetrieblich strukturierten lokalen Ökonomie mit einem hohen Anteil an selbständig Tätigen und vielen geringfügig Beschäftigten kann dabei unterschätzt werden. Andererseits ist die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die einzige Realstatistik, die eine Analyse auch der aktuelleren Entwicklungsprozesse erlaubt.

Neben den Stadtteil- und Quartiersbetrieben wird die bremische Wirtschaftsstruktur anhand der oben angeführten Kriterien in elf weitere Cluster unterschieden:

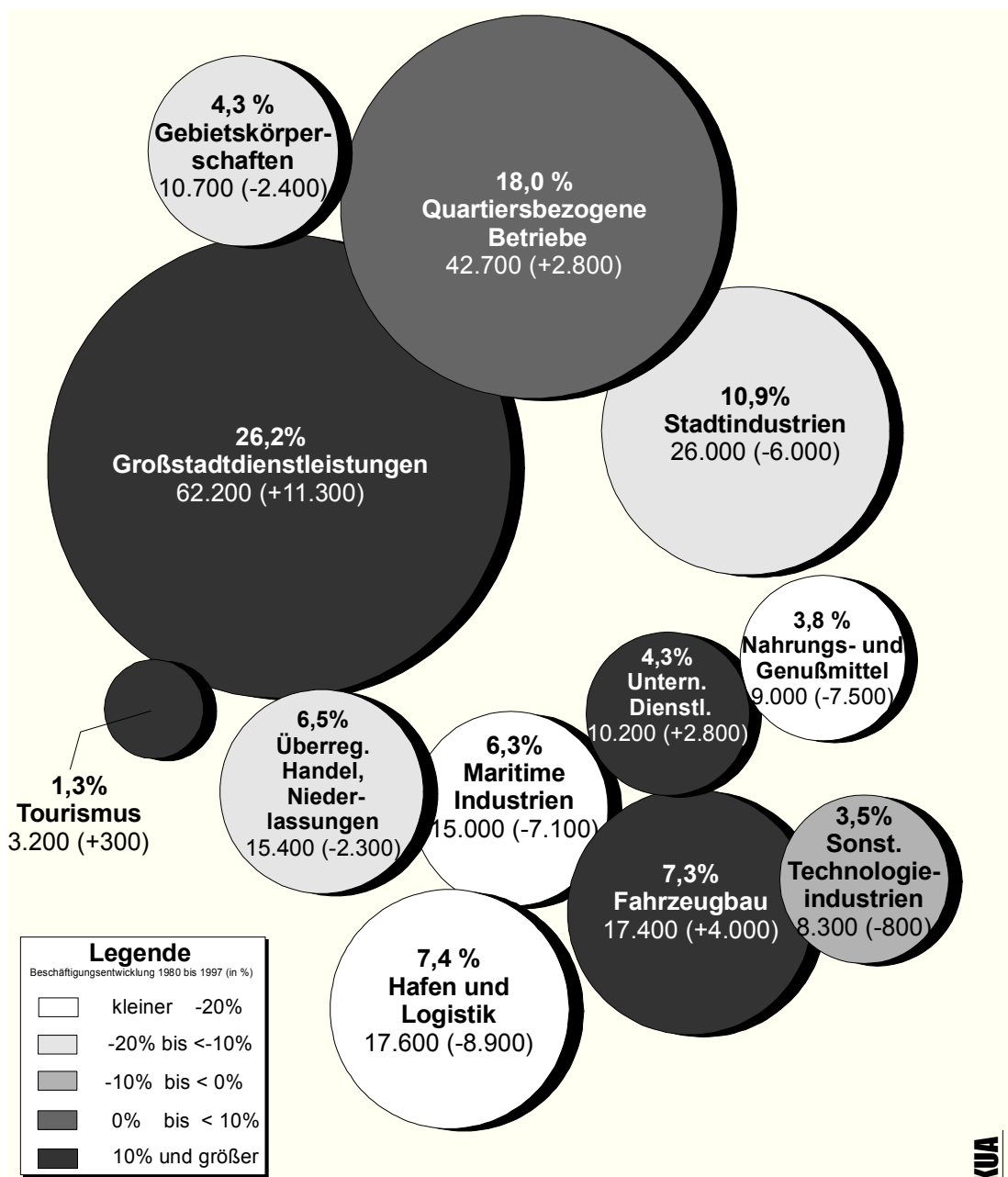
1. *Verkehr und Logistik, Häfen*: überregional orientierte Verkehrsfunktionen (inkl. Häfen) und angekoppelte Dienstleistungen;
2. *Handel, Niederlassungen*: überregional orientierter Handel bzw. Vertrieb und angekoppelte Dienstleistungen;
3. *Maritime Industrien*: Industrien, die (historisch) auf den Hafen ausgerichtet und im Hafengebiet ansässig sind, z. B. Schiffbau, Stahlverarbeitung, Zulieferer und angekoppelte Dienstleistungen, maritime Forschung und Entwicklung;
4. *Stadtindustrien*: Industrie, (produzierendes) Handwerk, Baugewerbe mit hohem Anteil an Fertigungsberufen, Zulieferer und Hersteller für den Endverbraucher;
5. *Nahrungs- und Genussmittelindustrie*: traditionell hohe Bedeutung in Bremen, historisch stark angebunden an die Zulieferung von Rohmaterial aus Übersee;
6. *Fahrzeugbau*: traditionell große Bedeutung, heute im wesentlichen bestimmt von Mercedes und Dasa, eingebunden in Konzernstrukturen, Unternehmenszentralen außerhalb der Region, Orientierung auf internationale Märkte;
7. *sonstige Technologieindustrien*: Industrie mit einem hohen Anteil an technisch qualifizierten Beschäftigten und Dienstleistungsfunktionen, auf internationale Märkte ausgerichtet;
8. *Kultur und Tourismus*: kulturelle Einrichtungen mit überregionaler Ausrichtung, Medien mit überregionaler Bedeutung, Städtetourismus, Ausstellungswesen, Teile der Gastronomie und des Hotelwesens, Freizeiteinrichtungen, Verkehr, grüne Berufe;
9. *unternehmensorientierte Dienstleistungen*: Dienstleistungen, die in die Wertschöpfung anderer Unternehmen eingehen;
10. *Großstadtdienstleistungen*: Dienstleistungen, die auf dem Einzugsbereich des Oberzentrums Bremen beruhen, hochwertiger Einzelhandel, Bildung, Wissenschaft und Forschung, Gesundheitswesen, Gastronomie, Teile der Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbszweck mit gesamtstädtischer bzw. regionaler Bedeutung;
11. *Gebietskörperschaften*: allgemeine öffentliche Verwaltung, Verteidigung, öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie Vertretungen fremder Staaten usw.

2.2 Entwicklung und Bedeutung der lokalen Ökonomie

Der auf der obigen Clustereinteilung beruhende Überblick über die Entwicklung der Teilökonomien Bremens (siehe Abb. 1) verdeutlicht den enormen Bedeutungsverlust der traditionellen Basissektoren hafentädtischer Entwicklung: Maritime Industrien, Hafenbetrieb und Logistik, Nahrungs- und Genussmittelindustrie sowie überregionaler Handel und Niederlassungen verzeichnen seit 1980 deutliche Beschäftigungsverl-

ste. Rund ein Drittel aller Arbeitsplätze in diesen Clustern gingen seit 1980 verloren. Auch das Cluster Stadtindustrien stand unter dem Druck des Trends zum Abbau industrieller Arbeitsplätze. Ohne unterstützende Maßnahmen seitens der öffentlichen Hand wären die Arbeitsplatzverluste dieses Clusters sicherlich noch deutlicher ausgefallen. Der zunehmende Druck der leeren öffentlichen Kassen hat in den zurückliegenden Jahren auch zu einem Personalabbau im öffentlichen Beschäftigungssektor geführt.

Abb. 1: Regionale Cluster in Bremen
 Anteil an der Gesamtbeschäftigung; absolut 1997 (Veränderung 1980-97)



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen; eigene Berechnungen und Darstellung in Anlehnung an Läßle et al. (1994)

Strukturwandel und Tertiarisierung finden hier ihren deutlichen Ausdruck: Im Gegensatz zu den meisten industriell dominierten und typischerweise weltmarktorientierten Wirtschaftsbereichen sowie den Verwaltungsbereichen der Gebietskörperschaften konnten die großstädtischen Dienstleistungen (um 11.300 Beschäftigte zwischen 1980 und 1997) und die der lokalen Ökonomie zuzurechnenden quartiersbezogenen Betriebe und Dienstleistungen (um 2.800 Beschäftigte) während des gleichen Zeitraums Zuwächse der Beschäftigtenzahlen erreichen. *Die lokale Ökonomie gehört also zu den wachsenden Beschäftigungsbereichen innerhalb der regionalen Wirtschaftsstruktur.*

Entsprechend dieser Verteilung von „Gewinnern“ und „Verlierern“ des Strukturwandels ist die relative Bedeutung der stadtteil- und quartiersbezogenen Arbeitsplätze für den städtischen Arbeitsmarkt in den zurückliegenden Dekaden deutlich gestiegen: Mit einem Anteil von 18% ist heute nahezu jeder fünfte Beschäftigte Bremens in diesem Cluster tätig. Sicherlich ist die tatsächliche Bedeutung der lokalen Ökonomie sogar größer als es ihr Anteil von 18% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erscheinen läßt, da gerade in diesem Bereich ein hoher Anteil von Selbständigen wie auch von geringfügig Beschäftigten zu vermuten ist, die aufgrund der statistischen Basis (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) hier nicht erfaßt werden. *Der Strukturwandel der Wirtschaft bewirkt eine Zunahme des Anteils und der Bedeutung des Beschäftigungspotentials in der lokalen Ökonomie.*

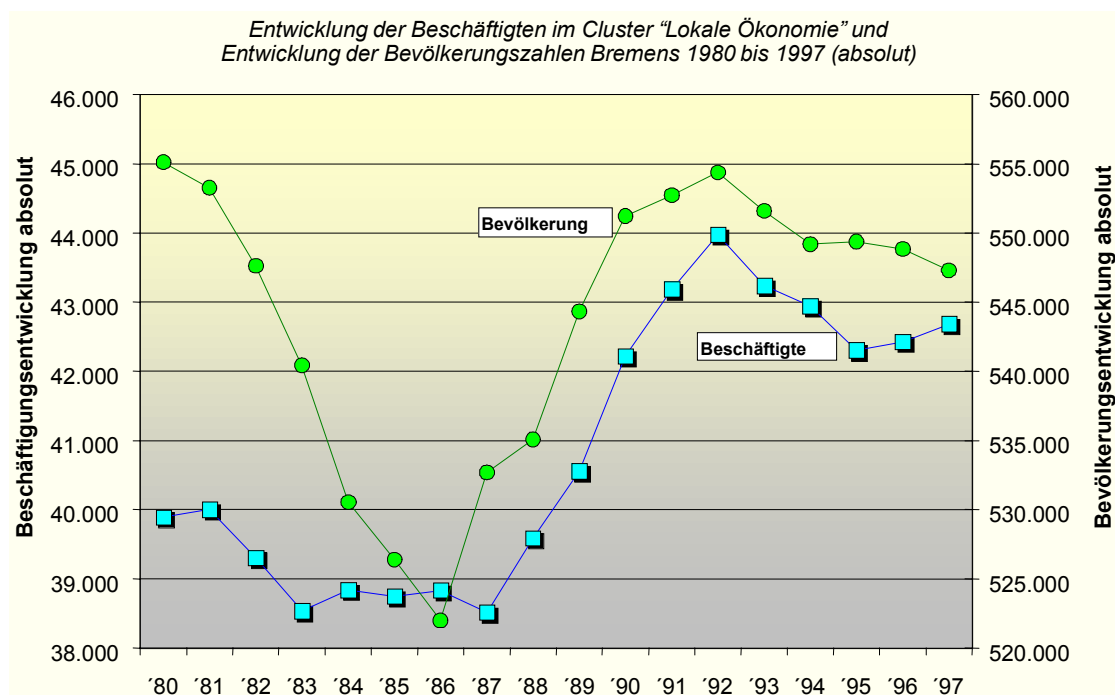
Diese Entwicklung spricht für eine bemerkenswerte Stabilität der lokalen Ökonomie insgesamt, wenngleich differenziertere Daten zeigen, daß auch innerhalb der lokalen Ökonomie ein gravierender Strukturwandel stattgefunden hat bzw. stattfindet. Ein Grund für diese Stabilität ist gewiß die kleinbetriebliche Struktur dieser Teilökonomie, die eine hohe organisatorische Flexibilität bei der Anpassung an veränderte Bedarfs- und Marktstrukturen gewährleistet. Nicht zuletzt deswegen konnte dieses Segment überhaupt von dem allgemeinen Tertiarisierungstrend hin zum traditionell eher kleinbetrieblichen Dienstleistungssektor profitieren. Zu diesem Trend haben sicherlich auch äußere, soziale und demographische Prozesse beigetragen, indem z. B. eine erhöhte Nachfrage nach gesundheitsbezogenen und betreuerischen Dienstleistungen wirksam wurde. Von dieser Entwicklung haben offenbar in besonderem Maße die entsprechenden Betriebe in der lokalen Ökonomie profitiert (siehe Abb. 3). *Innere Vielfalt und Anpassungsfähigkeit bewirken mithin eine beachtliche Stabilität der lokalen Ökonomie – zumindest ihres Beschäftigungspotentials.*

Eine stetige Fortsetzung dieser positiven Entwicklung läßt sich allerdings aus den zurückliegenden Beschäftigungszuwächsen keineswegs ableiten. Vielmehr ist festzustellen, daß die lokale Ökonomie Veränderungstrends unterliegt, die zum Teil den Charakter existentieller Bedrohungen annehmen und gravierende soziale Risiken hervorbringen.

2.3 Verlagerung, Konzentration, Flexibilisierung – Risiken und Chancen

Ein wesentlicher Risikofaktor für die lokale Ökonomie sind die stetigen Einwohnerverluste, denen Bremen, wie die meisten anderen Großstädte, unterliegt. Die deutliche Parallelität von Bevölkerungsentwicklung einerseits und Beschäftigungsentwicklung in der lokalen Ökonomie andererseits (siehe Abb. 2) legt den Schluß nahe, daß der Bereich der quartiersbezogenen Betriebe und Dienstleistungen stark von der Entwicklung der örtlichen Kaufkraft und Nachfrage abhängt und recht sensibel auf Bevölkerungsrückgänge reagiert.

Abb. 2: Relative Parallelität der Bevölkerungs- und Beschäftigungsentwicklung



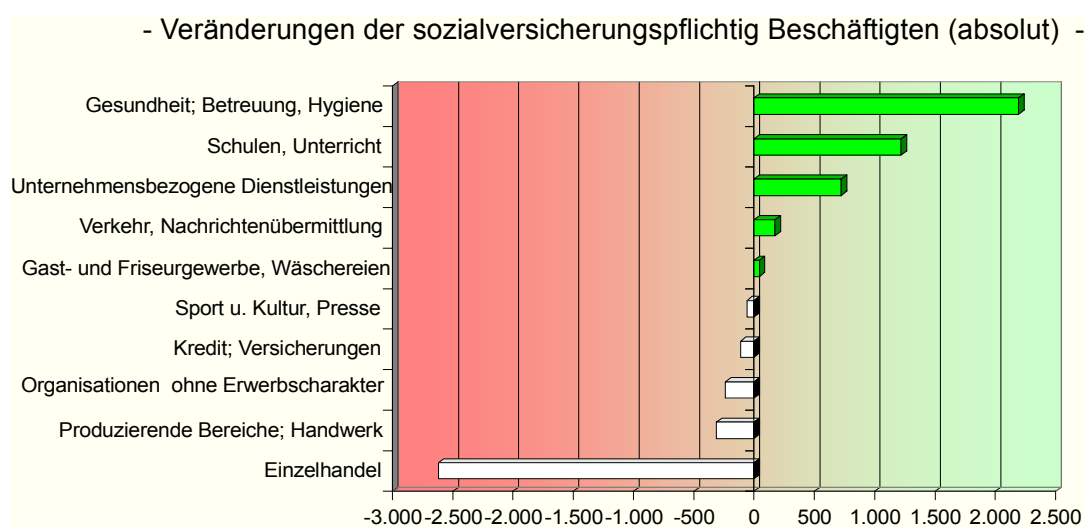
Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, eigene Berechnungen und Darstellung

Ein wesentlicher Grund für die Einwohnerverluste in den Kernstädten besteht in der anhaltenden Abwanderung von Bewohnern in die Randzonen bzw. das Umland der Städte (Suburbanisierung). Da diese Tendenz nicht nur für Einwohner gilt, sondern auch für Unternehmen und Betriebe, führt sie u. a. zu einer zusätzlichen Ausdünnung und Dezentralisierung des innerstädtischen Arbeitsplatzangebots. Dichte, vielfältige und kleinteilige Einzelhandels- und Gewerbestrukturen im urbanen Umfeld werden dabei zusehends durch konzentrierte⁵, verkehrsgünstig gelegene und flächenintensive Standorte am Stadtrand bzw. außerhalb der Städte ersetzt.

5 Der Konzentrationsprozeß zugunsten des großflächigen Einzelhandels in verkehrsgünstiger Lage zeigt sich auch innerhalb Bremens: Während die Zahl der Ladengeschäfte um etwa drei Prozent von 3.289 im Jahr 1985 auf 3.200 im Jahr 1993 zurückging, stieg die Verkaufsfläche im gleichen

Insofern waren und sind insbesondere die von der Konsumkraft abhängigen distributiven Dienstleistungsbereiche einem starken Druck ausgesetzt. Dieses in Marktbeziehungen eingebundene Segment der lokalen Ökonomie scheint zwischen Suburbanisierung und Konzentration von Funktionen in aufgerüsteten Innenstädten und „Urban Entertainment Centern“ sowie zwischen der Verlagerung von Dienstleistungen in die Eigentätigkeit der Haushalte, durch Technisierung und Digitalisierung einerseits und der Ökonomisierung/Vermarktlichung privater und öffentlicher Dienstleistungen andererseits in wachsendem Maße bedroht zu werden. Dementsprechend ist der Einzelhandel jener Teilbereich innerhalb der lokalen Ökonomie, der zwischen 1980 und 1997 die deutlichsten Beschäftigungsverluste aufweist (siehe Abb. 3). Sparzwänge und Strukturwandel öffentlicher Leistungen wirken schließlich auch in jenen Beschäftigungsbereichen, die auf öffentliche Finanzierung bzw. Transferleistungen angewiesen sind, wie z. B. die Organisationen ohne Erwerbscharakter oder die lokalen Sport- und Kulturangebote.

Abb. 3: Beschäftigungsbilanz einzelner Wirtschaftszweige im Cluster Quartiersbezogene Betriebe nach Zweigen 1980 bis 1987



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, eigene Berechnungen und Darstellung

In den Nahbereichen des städtischen Lebensumfelds gehen dadurch kleinräumige Versorgungs-, Beratungs-, Kommunikations-, Entlastungs-, Integrationsfunktionen verloren, die eine hohe Bedeutung für die Lebensqualität vieler Bevölkerungsgruppen haben. Darüber hinaus schrumpft gerade jenes Arbeitsplatz- und Qualifikationspotential, das am ehesten geeignet ist, Beschäftigung im Wohn- und Nahbereich zu gewährleisten.

Positiv haben sich demgegenüber zum einen die Bereiche entwickelt, in denen eine Veränderung der demographischen Zusammensetzung der Bevölkerung sowie ein

Zeitraum um rd. 28% von 584.000 qm auf 748.000 qm. Die durchschnittliche Verkaufsfläche pro Betrieb stieg entsprechend um nahezu ein Drittel von 178 qm auf 234 qm.

gestiegenes Gesundheits- und Bildungsbewußtsein der Bevölkerung für eine stärkere Nachfrage gesorgt haben wie der Gesundheitssektor, die Betreuungseinrichtungen sowie die Schulen und die freien Unterrichtsanstalten. Hierbei scheint es sich um einen generellen Trend zu handeln, denn das Beschäftigungswachstum in haushaltsbezogenen und sozialen Dienstleistungen (insbesondere gesundheitsbezogenen Dienstleistungen) weist regional nur wenige Unterschiede auf. *Die innere Struktur der lokalen Ökonomie reagiert offenbar nicht nur auf wirtschaftliche, sondern auch sehr sensibel auf soziale Veränderungsprozesse.*

Jenseits der sozialräumlichen Verlagerungen von Beschäftigungspotentialen, die sich vor allem in den Städten negativ auswirken, spielt in den verschiedenen Beschäftigungsbereichen selbstverständlich der interne Wandel von Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsstrukturen eine wesentliche Rolle. Die Dynamik etwa der Gleichzeitigkeit von Beschäftigungsabbau und Arbeitsplatzzuwächsen wird in den herkömmlichen Klassifizierungen und relativ statischen Analysen nur unzureichend erkennbar. Die Arbeitsplatzentwicklung in Bremen ist z. B. einer erheblich höheren Dynamik unterworfen, als die Nettoveränderungen – minus 17.400 Arbeitsplätze 1998 im Vergleich zu 1975 – ausdrücken.

Das „für alle Beteiligten überraschende Ergebnis“ (BAW Monatsbericht 11/93: 2) der „Job-Turn-Over“-Analyse⁶ verdeutlicht dies: Von 1980 bis 1990 sind in der Arbeitsmarktregion Bremen insgesamt 185.000 Arbeitsplätze durch Expansion bzw. Gründung neu entstanden, im gleichen Zeitraum wurden jedoch auch 178.000 Arbeitsplätze durch Schrumpfung bzw. Schließung abgebaut, der Nettobeschäftigungseffekt betrug also lediglich 6.000 Arbeitsplätze.⁷

Die Dynamik der Arbeitsplatzentwicklung betrifft mithin sehr viel mehr Menschen, als der Saldo der Arbeitsplatzentwicklung nach Wirtschaftsbereichen und -zweigen suggeriert. Leider lassen sich diese Daten nicht ohne weiteres auf kleinere Segmente der Wirtschaftsstruktur „herunterrechnen“, und insofern sind keine spezifizierten Aussagen über die lokale Ökonomie möglich. Bekannt ist aber, daß die Fluktuationsrate in den für die lokale Ökonomie charakteristischen kleinbetrieblichen Strukturen besonders hoch ist (z. B. Baumeister 1998, S. 18). So unterliegen die Beschäftigten in

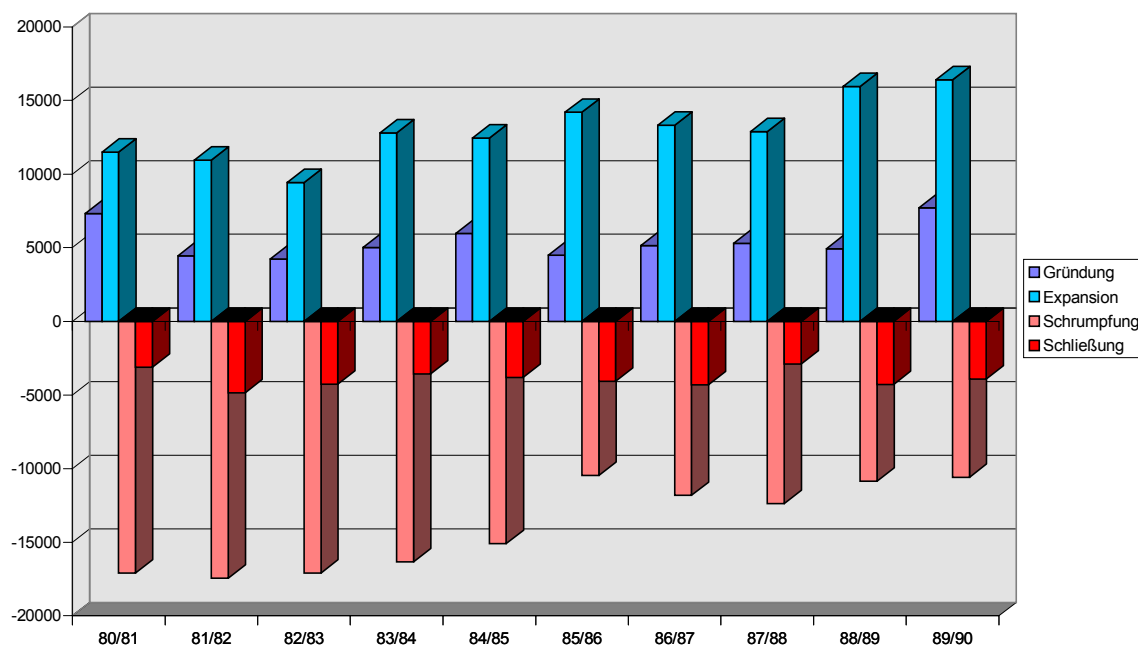
6 „Job-Turn-Over“ ist definiert als Absolutwert der Differenz von Entlassungen und Einstellungen eines Betriebs im Verlauf eines bestimmten Zeitraums. Einzelne Komponenten des Ansatzes sind die Expansionsrate, die Gründungsrate, die Schrumpfrate und die Schließungsrate (vgl. BAW Monatsbericht 11/93: 2).

7 Bei dieser Rechnung sind zwei Unterschiede zu der in dieser Arbeit ansonsten benutzten statistischen Grundlage der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Arbeitsort Bremen zu berücksichtigen:

- Die Zahlen beziehen sich auf den Arbeitsamtsbezirk Bremen. Dieser umfaßt neben der Stadt Bremen auch den gesamten Landkreis Osterholz. Um einen Blick für die dadurch veränderte Dimension zu bekommen: Im Landkreis Osterholz waren 1980 rd. 16.000 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt gegenüber rd. 251.000 Personen in Bremen, 1990 lag die Zahl der Beschäftigten im Landkreis Osterholz bei rd. 19.000 gegenüber rd. 250.000 in Bremen.
- Bei der Analyse wurden lediglich folgende Sektoren berücksichtigt: Energie, Grundstoffindustrie, Investitionsgüterindustrie, Konsumgüterindustrie, Bau, Handel, Verkehr, Kredit, Versicherungen, Makler, private Dienstleistungen und unternehmensbezogene Dienstleistungen.

kleinen Unternehmen traditionell einem geringeren Beschäftigungsschutz, so daß eine Anpassung des Personalstands an schwankende Nachfragebedingungen durch Kündigung (und Einstellung) leichter erfolgen kann.

**Abb. 4: „Job-Turn-Over“: Beschäftigungsentwicklung von 1980 bis 1990
Zuwächse und Verluste im Arbeitsamtsbezirk Bremen (absolut)**



Quelle: BAW Monatsbericht (1/94, S. 31), eigene Darstellung

Es ist gerade vor dem Hintergrund der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit davon auszugehen, daß die neugeschaffenen im Verhältnis zu den abgebauten Beschäftigungspotentialen mit deutlich anderen Einstellungsvoraussetzungen, Arbeitskräftenachfragen und Beschäftigungsbedingungen einhergehen. Damit wird deutlich, daß „Strukturwandel“ in dieser Form einer großen Zahl von Menschen enorme Qualifikations- und Weiterbildungsanstrengungen abfordert, Lebensplanungen verunsichert und einen hohen Anpassungsdruck auf individuelle Einstellungs-, Verhaltens- und Lebensweisen ausübt.

Zu dieser Entwicklung hat schließlich auch die „Erosion des Normalarbeitsverhältnisses“ beigetragen. Neben dem Anwachsen und der Verfestigung von Massenarbeitslosigkeit haben seit Anfang der 80er Jahre die sogenannten „abweichenden Arbeitsverhältnisse“ rapide zugenommen. Als normativer Bezugspunkt arbeitspolitischer Bemühungen und Regulierungen gilt bis heute das „Normalarbeitsverhältnis“: die dauerhafte Vollzeitbeschäftigung mit tariflicher, arbeits- und sozialrechtlicher Ausgestaltung. Zu den davon abweichenden Arbeitsverhältnissen gehören

- *befristete Arbeitsverhältnisse*, bei deren Auslaufen eine etwaige Weiterbeschäftigung vom freien Ermessen des Arbeitgebers abhängt;

- *Leiharbeitsverhältnisse*, die in der Regel auch nur befristet sind und lediglich eingeschränkten arbeits- und tarifrechtlichen Schutz genießen;
- *Teilzeitarbeit*, deren Ausweitung oftmals mit sonstigen Formen der Flexibilisierung wie kapazitätsorientierten variablen Arbeitszeiten, der Ausweitung der Bereitschaftsdienste im Gesundheitswesen, Job-Sharing (mit Vertretungspflicht) sowie Wochenendarbeit einhergeht;
- *geringfügige Beschäftigungsverhältnisse* als besondere Form der Teilzeitbeschäftigung unterhalb einer bestimmten Verdienstgrenze (zur Zeit: 630 DM im Monat) mit weniger als 15 Stunden Arbeit pro Woche. Die „geringfügig Beschäftigten“ waren bislang von der Kranken- und der Rentenversicherung und in der Regel zudem auch von betrieblichen Sozialleistungen wie Urlaubsgeld, 13. Monatsgehalt usw. ausgenommen.

Während für Struktur und Entwicklung der „normalen“ Beschäftigung auf umfangreiches Datenmaterial der Statistischen Ämter zurückgegriffen werden kann, erweist sich der Zugang zu den abweichenden Arbeitsverhältnissen als ungleich schwieriger.⁸ Gleichwohl ist diese „Grauzone“ zwischen „Normalarbeit“ und Arbeitslosigkeit, die auch die öffentlich finanzierte Arbeit (z. B. nach AFG oder BSHG) umfaßt, fraglos enorm angewachsen. Jenseits des anhaltenden Streits, ob diese Beschäftigungsverhältnisse als aufgezwungen und minderwertig abzulehnen oder als sinnvolles Flexibilisierungspotential zu begrüßen seien, haben die quantitative Zunahme und reale Regulierungsprozesse längst dazu geführt, daß sich hier „neue Normalitäten“ neben dem klassischen Normalarbeitsverhältnis abzeichnen.

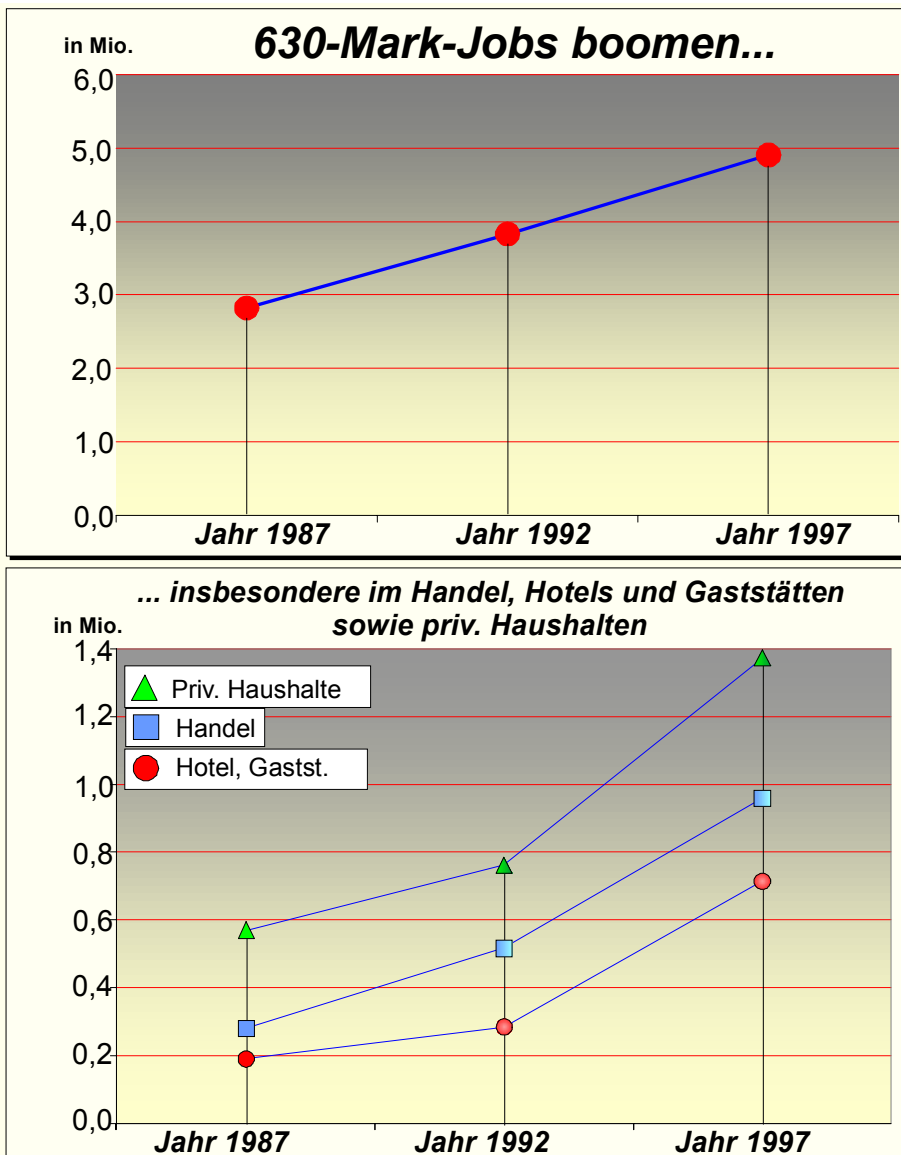
Teilzeitarbeit, geringfügige und befristete Beschäftigung sind diejenigen Formen, die für den Bereich der lokalen Ökonomie eine besondere Bedeutung aufweisen. Zur geringfügigen Beschäftigung zählen sehr unterschiedliche Arbeitsverhältnisse wie z. B. Kinderbetreuung und Putztätigkeiten im Privathaushalt, (Dauer-)Aushilfen im Supermarkt oder in Gaststätten, Austragen von Zeitungen, Ferienjobs, Erteilen von Nachhilfe, aber auch volle Erwerbstätigkeit an weniger als 50 Tagen im Jahr (z. B. Erntehilfen). Generell läßt sich feststellen, daß die Zahlen je nach Jahreszeit ganz erheblich schwanken, Spitzen lassen sich etwa in Semesterferien, zur Erntezeit oder zur Zeit des Weihnachtsgeschäfts im Handel feststellen.

Auf regionaler Ebene sind genaue Zahlen über die Anzahl geringfügig Beschäftigter nicht verfügbar. Schätzungen für Bremen auf Grundlage der bundesweit dargestellten Zahlen gehen von rund 46.000 ArbeitnehmerInnen aus, die einer sozialversicherungsfreien Tätigkeit nachgehen (vgl. Baumeister 1999). Rund 75% von ihnen haben kein anderes Erwerbseinkommen. Diese Jobs konzentrieren sich traditionell auf einige wenige Branchen. Der Vergleich mit der Entwicklung „normaler“ Beschäftigungsverhältnisse legt dabei den Schluß nahe, daß viele dieser 630-DM-Jobs durch die Umwandlung von bislang sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen entstehen.

8 Ein Grund liegt darin, daß aktuelle Zahlen auf regionaler Ebene in differenzierter Form nur auf der Basis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zur Verfügung stehen, viele der atypischen Beschäftigungsverhältnisse sich aber gerade dadurch „auszeichnen“, daß sie keinerlei Sozialversicherungspflicht unterliegen.

Ein solcher Zusammenhang ist insbesondere im Einzelhandel, aber auch im Gastgewerbe Bremens zu vermuten, wo in den vergangenen Jahren massiv sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze abgebaut wurden – bei gleichzeitiger überdurchschnittlicher Zunahme der 630-Mark-Jobs (vgl. unten; Abb. 5)

Abb. 5: Geringfügige Beschäftigung in Deutschland



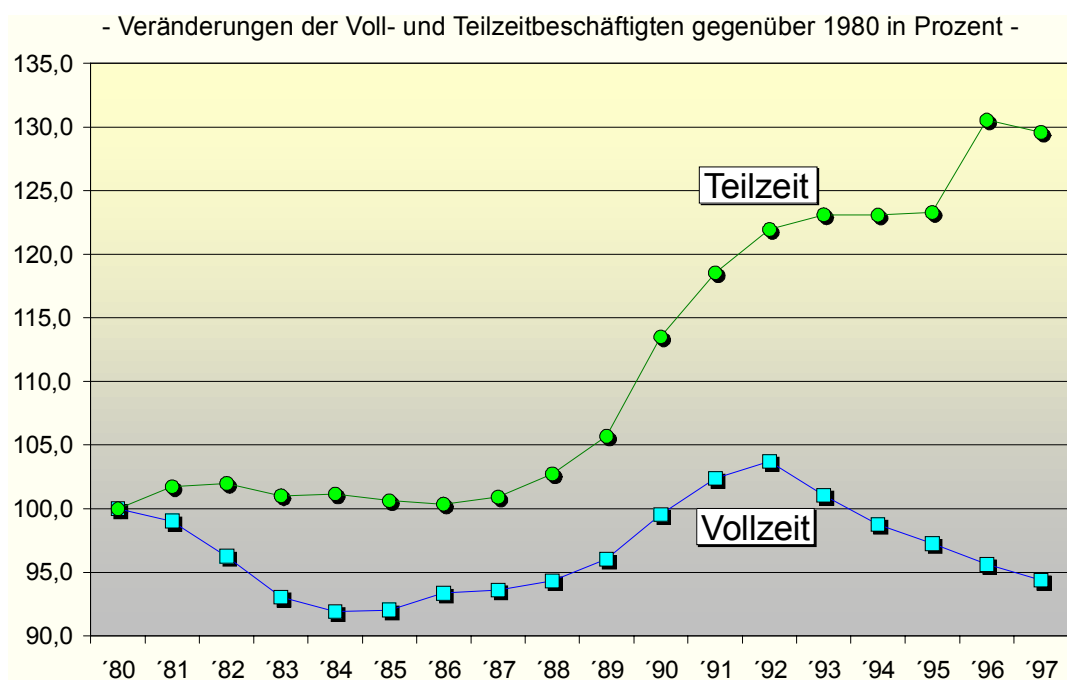
Quelle: ISG (1998), eigene Berechnungen und Darstellungen

Die privaten Haushalte, der (Einzel-)Handel sowie das Gastgewerbe, auf die sich rd. zwei Drittel der 630-Mark-Jobs konzentrieren, sind gerade auch die Branchen, die sich ganz (private Haushalte) bzw. zu einem erheblichen Anteil der lokalen Ökonomie zuordnen lassen. Auch wenn eine empirische Überprüfung der besonderen Situation in Bremen mangels Zahlenbasis hier nicht erfolgen kann, ist dies doch ein deutlicher Hinweis auf die Richtigkeit der oben aufgestellten These von der besonderen

Bedeutung der sogenannten prekären Beschäftigungsverhältnisse im Bereich der lokalen Ökonomie.

Auch die sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeit hat in den letzten Dekaden erheblich zugelegt und wird zunehmend „normal“. Als Teilzeitbeschäftigte gelten alle Personen, die zur Ableistung einer kürzeren als der orts-, branchen- oder betriebsüblichen Wochenarbeitszeit eingestellt werden. Deren Anzahl hat auch in Bremen in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Zu Beginn der 80er Jahre waren 11% aller Arbeitsplätze Teilzeitarbeitsplätze, 1997 waren es schon 15%.

Abb. 6: Beschäftigungsbilanz für Bremen 1980 bis 1997: Verluste von Vollzeitarbeitsplätzen und Gewinn an Teilzeitarbeitsplätzen



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, eigene Berechnung und Darstellung

Neben der personalwirtschaftlichen Flexibilisierungsfunktion für die Betriebe⁹ entspricht das zunehmende Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen dem Wunsch vieler Beschäftigter nach kürzeren und flexibleren Arbeitszeiten. Vorrangig ist es dabei der Wunsch, Berufsleben und Familie miteinander vereinbaren zu können, der Teilzeitarbeit zu einem weiblichen Normalarbeitsverhältnis macht: Weit über 90% der Teilzeitarbeitsplätze werden von Frauen wahrgenommen, die damit von dem absoluten

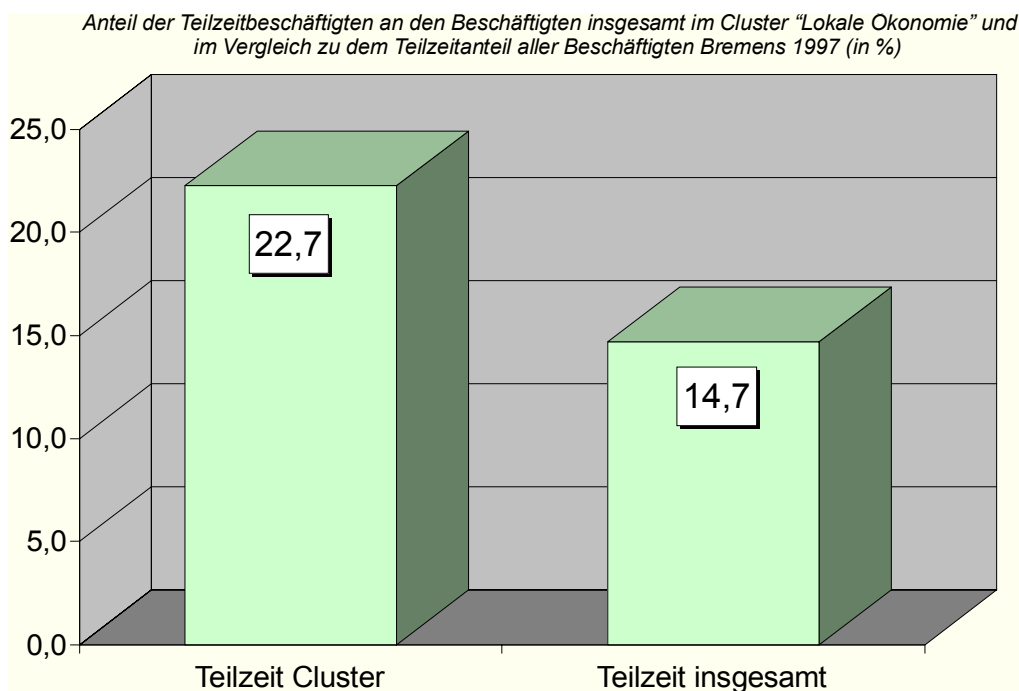
9 Mit der Teilzeit sind für die Beschäftigten oftmals negative Effekte verbunden. Deutlich eingeschränkt sind die Möglichkeiten eines beruflichen Aufstiegs, im betrieblichen Alltag sind Teilzeitbeschäftigte von betrieblichen Fortbildungen weitgehend ausgeschlossen und bekommen keine Überstundenzuschläge, die in der Regel erst bei Überschreiten der tariflich vereinbarten „Normalarbeitszeit“ gewährt werden. Ein weiteres drängendes Problem der Teilzeitarbeit besteht in der mangelhaften sozialen Absicherung, da die Sozialversicherungssysteme auf die Absicherung von Vollzeitbeschäftigten ausgerichtet sind.

und relativen Zuwachs dieses Beschäftigungssegments (vgl. Abb. 6) durchaus profitieren konnten.

Teilzeitarbeit ist eine typische Beschäftigungsform des Dienstleistungsbereichs; im produzierenden Sektor spielt sie nur eine geringe Rolle. Von 100 Teilzeitarbeitsplätzen entfallen lediglich sieben auf die produzierenden Bereiche, mehr als 90% konzentrieren sich auf den Dienstleistungssektor. Dabei ist Teilzeitarbeit für die Beschäftigung in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen und -zweigen des Dienstleistungssektors unterschiedlich prägend. Besonders hoch ist der Anteil der Teilzeitarbeitsplätze im Einzelhandel, in den gesundheitsbezogenen Dienstleistungen sowie bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter. Rund ein Viertel der Beschäftigten im Gesundheitsbereich und im Einzelhandel sind teilzeitbeschäftigt, in Unternehmen der Finanzdienstleistungen hat jede/r fünfte Beschäftigte eine Teilzeitstelle. Der Anteil der teilzeitbeschäftigten ArbeiterInnen und Angestellten der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen beträgt bislang rd. 17%.

Die Branchen mit einem hohen Anteil an Teilzeitarbeitsplätzen sind dieselben, die auch die Struktur der lokalen Ökonomie maßgeblich prägen. Die Teilzeitarbeit ist hier deshalb auch von besonderem Gewicht, wie die folgende Abbildung zeigt. Nahezu jeder vierte Arbeitsplatz in diesem Cluster ist ein Teilzeitarbeitsplatz.

Abb. 7: Hoher Anteil der Teilzeitbeschäftigung im Cluster Quartiersbezogene Betriebe



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, eigene Berechnungen und Darstellung

Die beschriebenen Trends des strukturellen Wandels im Arbeits- und Beschäftigungssystem – räumliche Verlagerungen, wachsende Umschlagsdynamik von Arbeitsplätzen und Beschäftigungsmöglichkeiten, Flexibilisierung und Veränderung von inter-

nen und externen Arbeitsmarktstrukturen – werden häufig ausschließlich unter dem Gesichtspunkt zunehmender sozialer Risiken diskutiert und behandelt. Dennoch ist nicht zu verkennen, daß sich mit dieser Dynamik des Beschäftigungssystems auch neue Chancen für die Umverteilung des gesellschaftlichen Arbeitsvolumens sowie für bedürfnisgerechtere und flexible Arbeitsstrukturen im Sinne einer arbeitnehmerorientierten Umgestaltung eröffnen. *Die lokale Ökonomie stellt somit auch ein wichtiges wohnortnahes Arbeitsplatzangebot dar, dessen Struktur unterschiedlichen Beschäftigungs- und Arbeits(zeit)interessen entgegenkommen kann.*

Weitere Fortschritte in diese Richtung sind in den seit längerem erkennbaren Bemühungen um eine flexibilitätsorientierte Re-Regulierung von Beschäftigung oder um eine Verknüpfung von betrieblichen und außerbetrieblichen Zeitbedürfnissen (vgl. Mückenberger 1998) zu erkennen. Ein vollständiges Bild von Innovationserfordernissen und -möglichkeiten ergibt sich freilich erst dann, wenn auch diejenigen Anteile von gesellschaftlicher Arbeit in die Betrachtung einbezogen werden, die – als Versorgungsarbeit in Haushalten und Familien, als ehrenamtliche Tätigkeiten, als Nachbarschaftshilfe, als selbstorganisierte Formen bürgerschaftlichen Engagements – bislang verhältnismäßig wenig Beachtung und Anerkennung erfahren haben (vgl. Biesecker 1999).

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß auch im großstädtischen Umfeld die lokale Ökonomie von ganz erheblicher und – zumindest in den letzten Dekaden – stetig wachsender Bedeutung für die Beschäftigung ist. Neben ihrer Funktion als Anbieter wohnungsnaher Arbeits- und Ausbildungsplätze haben die stadtteil- und quartiersbezogenen Betriebe durch ihre Ausrichtung auf die lokalen Bedürfnisse und die (räumlich eingebundene) Bereitstellung entsprechender Produkte und Dienstleistungen auch eine erhebliche Bedeutung für die urbane Lebensqualität und für die soziale Stabilität der Quartiere. Deutlich ist freilich auch, daß die Aufrechterhaltung dieser Funktionen einen hohen Aufwand an Anpassungs- und Modernisierungsleistungen erfordert und dennoch keineswegs immer gewährleistet werden kann. Neben der regionalen Wirtschafts-, Struktur- und Beschäftigungspolitik, die die lokale Ökonomie in der Regel unterschätzt oder gar ignoriert, könnten sinnvolle Stabilisierungs- und Modernisierungsanstöße für diesen Bereich durchaus auch von bürgerschaftlich getragenen, „informellen“ Politik- und Gestaltungsprozessen wie im Falle der AGENDA 21 ausgehen. Dies erscheint gerade deshalb aussichtsreich, weil derartige Prozesse dem komplexen Wechselspiel zwischen ökonomischer Modernisierung und sozialer Einbettung angemessener erscheinen.

3. Lokale Ökonomie und AGENDA 21

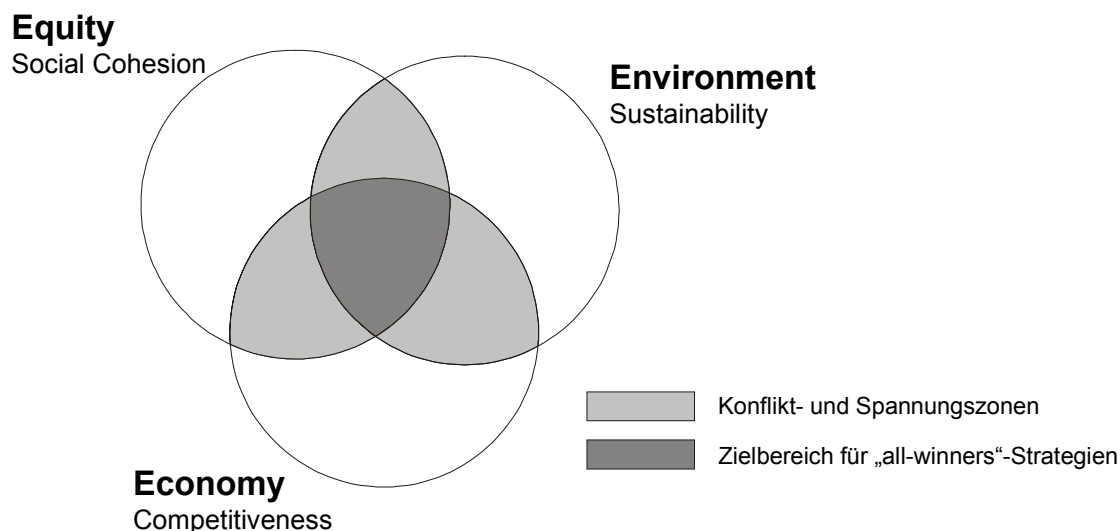
Die Entwicklungstendenzen des Arbeits- und Beschäftigungssystems sowie die darauf gerichteten Gestaltungs- und Regulierungsmechanismen stellen nach wie vor den wichtigsten Schlüssel für die Bewältigung der sozialen Kosten moderner gesellschaftlicher Entwicklung einerseits und die Befriedigung von Ansprüchen und Anforderungen an soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und Teilhabe andererseits dar. Gerade dieser Schlüssel wird in der Mehrzahl der lokalen AGENDA 21-Prozesse freilich nur wenig beachtet oder sogar ausdrücklich zum Gegenstand der Diskussionen und Überlegungen gemacht. Häufig wird in der sozialen Dimension des Nachhaltigkeitsdreiecks vor allem der Aspekt der globalen (Verteilungs-)Gerechtigkeit betont, der freilich mit den sozialen Problemen vor Ort ein durchaus konfliktträchtiges Spannungsfeld begründet.

Beides – die oftmals vorzufindende Vernachlässigung aktueller sozialer Problemlagen und Befürchtungen sowie die innere Spannung zwischen den Anforderungen „vor Ort“ und den globalen Gerechtigkeitszielen – hat zeitweilig zur Folge, daß die originären VertreterInnen von Interessen und Ansprüchen in diesem Bereich der gesellschaftlichen Entwicklung – von Gewerkschaften, Betriebsräten bis hin zu Arbeitsloseninitiativen, Beratungseinrichtungen etc. – den AGENDA 21-Prozessen ein verkürztes Problemverständnis vorwerfen und den entsprechenden Aktivitäten skeptisch bis distanziert gegenüberstehen.

Auf der anderen Seite scheint in den fortgeschrittenen Debatten über regionale und lokale Strategien und Handlungsmöglichkeiten zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsproblemen die Dimension der ökologischen Verträglichkeit und Dauerhaftigkeit nur relativ blaß auf – in der Regel als ein gesellschaftliches Tätigkeitsfeld, in dem zusätzliche (zumeist öffentlich finanzierte) Beschäftigung sinnvoll und notwendig wäre. Die vielfachen Konflikte und Widersprüche, die im einzelnen zwischen den für sich berechtigten Ansprüchen an soziale Sicherheit einerseits und ökologische Verträglichkeit andererseits auftreten, lassen sich damit jedoch nicht ausräumen. Aus diesen Diskussionen läßt sich freilich die besondere Bedeutung dessen folgern, was unter „lokaler Ökonomie“ (Mayer 1994, Froessler et al. 1994), „neighbourhood economies“ (West 1998) oder „économie solidaire“ (Laville 1994) verstanden wird.

Die Integration dieser unterschiedlichen Sichtweisen und Schwerpunktsetzungen und damit auch unterschiedlicher Milieus und Diskussionskulturen führt in der lokalen Praxis fraglos zu einer schwer zu handhabenden Komplexitätserhöhung. Die Darstellung des magischen Dreiecks der Nachhaltigkeit in der Version der London-Study (s. u.; Association of London Government 1998) macht überdies deutlich, daß der Zielbereich lokaler Nachhaltigkeitsstrategien, in dem sich Ansprüche und Notwendigkeiten in allen drei Dimensionen gleichermaßen einlösen lassen, im Vergleich zu den Konfliktzonen sehr klein und nur schwer zu treffen ist.

Abb. 8: Das E³-Modell der London-Study



AGENDA 21-Prozesse werden durch diese Komplexitätserhöhung zwar nicht einfacher, aber realitätsnäher und produktiver. Indem thematische (und ideologische) Beschränkungen z. B. der traditionellen Ökologiedebatte oder auch entwicklungspolitischer Positionen zugunsten einer Sichtweise aufgegeben werden, in der die Zusammenhänge und Verknüpfungen mit sozialen und ökonomischen Problemen vor Ort deutlicher sichtbar und zumindest partiell bearbeitbar werden, entwickelt sich eine veränderte Qualität des gesamten Prozesses. Der Fokus richtet sich nunmehr auf die Gestaltung und die zukünftige Entwicklung der Stadt bzw. des Gemeinwesens als Ganzem. Damit öffnet sich der Raum für Gestaltungsdebatten, in denen die Erfordernisse nachhaltiger Entwicklung auch dazu beitragen können, innovative Maßnahmen z. B. zur Beschäftigungssicherung, Arbeitsgestaltung oder Arbeitsumverteilung zu befördern.

Eine integrative Zielsetzung in diesem Sinne bedeutet selbstverständlich auch, verständigungs- und kooperationsorientierte Verfahrensweisen zu organisieren. Neben der gleichgewichtigen Berücksichtigung der verschiedenen inhaltlichen Dimensionen hängt der Erfolg von AGENDA 21-Prozessen in entscheidender Weise davon ab, daß dabei tatsächlich „soziales Kapital“ hergestellt wird.

Mit Blick auf die engen thematischen Verknüpfungen werden auch im Rahmen der Politiken der Europäischen Union sozial- und arbeitspolitische Strategien und insbesondere die Förderung von lokalen Ökonomien als wichtiger Handlungsansatz für eine nachhaltige Stadtentwicklung (Europäische Kommission 1998) betrachtet. Mit dieser integrativen Orientierung hat sich auch der Prozeß zur Erarbeitung einer lokalen AGENDA 21 in Bremen entwickelt, und dies ist nicht zuletzt der Grund dafür, daß er vom Bundesumweltministerium als positives Umsetzungsmodell hervorgehoben wird (Deutscher Bundestag 1998).

Im Verlauf des Agenda-Verfahrens in Bremen, organisiert als ein „Runder Tisch“ beim Bürgermeister und thematisch gegliedert in sieben Arbeitsausschüsse, ist bald deutlich geworden, daß die zentralen sozialen Probleme wie Arbeitslosigkeit und Funktionsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme auf der Ebene relativ unverbindli-

cher Präambelformulierungen zwar immer mitgeschleppt wurden, die Motivation vieler „Betroffener“, sich einzubringen und zu beteiligen, aber davon abhängt, ob sie sich mit ihren Problemlagen auch in den konkreten Diskussionsprozessen und Maßnahmvorschlägen wiederfinden. Beschlossen wurde folglich neben den zunächst eingerichteten sechs thematischen Arbeitsgruppen ein zusätzlicher Arbeitsausschuß „Zukunft der Arbeit“ unter Federführung des DGB. Dieser hat seitdem den ausdrücklichen Auftrag, arbeits- und sozialpolitische Vorhaben mit den Themen der anderen Arbeitsausschüsse abzustimmen.

Diesem Auftrag ist die Arbeitsgruppe insofern nachgekommen, als sie sich erfolgreich um die Kooperation und inhaltliche Verzahnung mit den anderen Arbeitsausschüssen des Runden Tisches bemüht hat. Dies gilt vor allem für die Zusammenarbeit mit den Arbeitsgruppen „nachhaltiges Wirtschaften“ und „nachhaltiges Quartier“. Letzteres ist derjenige Arbeitsausschuß des Runden Tisches, der sich mit Themen der Stadtentwicklung im engeren Sinne befaßt und seine Vorhaben für nachhaltigkeitsorientierte Stadtentwicklung in einem ausgewählten Pilotstadtteil (Bremen-Neustadt) konzentriert. Überdies konnten – trotz selbstverständlich vorhandener Restriktionen und Widerstände – vielfacher Erfahrungsaustausch und Kooperationen mit Akteuren und Institutionen der lokalen/regionalen Arbeits- und Wirtschaftspolitik (von Unternehmensverbänden über Einzelgewerkschaften bis zu Beschäftigungsträgern des zweiten Arbeitsmarkts) organisiert werden. Auf diese Weise wurden und werden zahlreiche Initiativen und Maßnahmen, die nicht im originären Diskussionszusammenhang der lokalen AGENDA 21 entstanden bzw. dort angesiedelt sind, in einen gemeinsamen Diskussions- und Arbeitszusammenhang integriert.

Der beschriebene Arbeitszusammenhang hat sich im Verlauf von rund drei Jahren stabilisiert und dazu beigetragen, daß in der lokalen AGENDA 21 in Bremen ein Schwerpunkt bei Vorhaben und Maßnahmen gesetzt wurde, der arbeits(markt)- und beschäftigungspolitische sowie sozial-integrative und gemeinwesenorientierte Zielsetzungen verfolgt. Die Beispiele dazu reichen von der Stadtteilkampagne für lokale Beschäftigung über die institutionelle Mischung von Tätigkeiten und Dienstleistungen (z. B. Kinderbetreuung im Seniorenheim), Anstößen für Forschungs- und Konzeptentwicklungsarbeiten bis zur Einrichtung neuer Dienstleistungen oder der Veränderung von Consulting- und Wirtschaftsförderungsstrukturen.

Die Prozeßdarstellung verdeutlicht, daß die anschließenden Überlegungen zur Modernisierung von lokaler Ökonomie und zur Rolle von Gewerkschaften in einem derartigen stadtpolitischen Entwicklungsprozeß neben den sogenannten „Schlüsselprojekten“ der AGENDA 21 auch Projekte und Maßnahmen einzubeziehen haben, die sich lediglich in einem lockeren Zusammenhang zur lokalen AGENDA 21 entwickeln.

Die empirische Basis dieser Überlegungen besteht im wesentlichen aus drei Erhebungsschritten:

- systematische Auswertung der Sitzungsprotokolle der einschlägigen Arbeitsausschüsse des Runden Tisches zur lokalen AGENDA 21 für Bremen und weiterer Dokumente zu deren Arbeit;

- mehrere Projektbesuche und
- eine Serie von fünf ExpertInnengesprächen mit VertreterInnen unterschiedlicher Einrichtungen und Akteuren in diesem Handlungsfeld (DGB-Kreisvorstand; DGB-Jugendsekretariat; Dachverband der Bremer Beschäftigungsträger (VBB); zwei Vertreter von projektverantwortlichen Beschäftigungsträgern).

Beispiele

Die folgenden Beispiele skizzieren einige exemplarische Vorhaben, die als Beiträge zur Modernisierung des Arbeits- und Beschäftigungssystems durch die Entwicklung von Potentialen der lokalen Ökonomie gelten können. Die Auswahl der Beispiele orientiert sich daran, daß sie – mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung –

- bestehende und zum Teil in ihrer Substanz bedrohte soziale, ökonomische, bauliche oder verkehrliche Strukturen so erneuern, daß sie den Ansprüchen an eine nachhaltige Stadtentwicklung dauerhaft genügen können (*Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen in einer modernisierten und lokalisierten Dienstleistungs- und Versorgungsstruktur*);
- innovative Verknüpfungen von formeller Erwerbsarbeit mit unterschiedlichen Formen von öffentlich geförderter Beschäftigung und selbstorganisierter Gemeinwesenarbeit, Eigenarbeit, Selbstversorgung, Nachbarschaftshilfe etc. auf lokaler Ebene herstellen und/oder gewandelten Ansprüchen an die Qualität von Arbeit und Beschäftigung entgegenkommen (*Beiträge der lokalen Ökonomie zum Strukturwandel der gesellschaftlichen Arbeit*) sowie
- zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus, Institutionen oder Interessen kooperationsstiftende und sozial-integrative Funktionen erfüllen (*Produktion von sozialem Kapital*).

Beispiel 1: Einzelhandel/Kooperativer Stadteillieferservice

Die Einrichtung eines gemeinschaftlichen Hol- und Bringdienstes unter Beteiligung von mehr als 20 inhabergeführten Einzelhandels- und Dienstleistungsbetrieben in einem Stadtteil versteht sich als Initiative, die gleichermaßen

- die Attraktivität eines innerstädtischen Nebenzentrums stärkt und auf diese Weise einen Beitrag zur dauerhaften Sicherung einer kleinteiligen, wohnortnahen Versorgungsstruktur („Stadt der kurzen Wege“) leistet;
- zur Verringerung von privatem PKW-Verkehr – sowohl für Einkaufsfahrten zu entfernteren Zielen (Einkaufszentren am Stadtrand) als auch für Einkaufsfahrten innerhalb des Stadtteils – und damit zur Reduzierung der entsprechenden Umweltbelastungen beiträgt und den Einsatz von Mehrwegverpackungssystemen erleichtert;
- eine Voraussetzung für den Erhalt und die langfristige Sicherung des wohnortnahen Arbeitsplatzpotentials darstellt und die Chance eröffnet, den Wünschen der

BürgerInnen nach flexibleren Einkaufszeiten ein ebenso flexibles Angebot gegenüberzustellen.

Die praxisnahe Realisierung dieses Schlüsselprojekts der lokalen AGENDA 21 setzte die Kooperation vieler Beteiligter (von den Geschäften über den Taxi Ruf Bremen [Liefersdienstbetreiber] und die Stadtwerke [Einsatz eines umweltfreundlichen Erdgasfahrzeugs] bis zu den fördernden Institutionen [Senatsressorts, Bremer Energie-Konsens GmbH] sowie eine intensive Beratung und Moderation [durch die Universität Bremen]) voraus. Die Ausweitung bzw. Übertragung des Modells auf andere Stadtteile – unter Umständen als Beschäftigungsprojekt für Arbeitslose – wird zur Zeit geprüft.

Beispiel 2: Lokales Baugewerbe/Bau Centrum Bemen

Im Planungsstadium befindet sich das „Bau Centrum Bremen“ in dem AGENDA-Pilotstadtteil Neustadt. Die Grundidee des Gewerbehofs als eines räumlich und funktional vernetzten Standorts, der synergetische Effekte durch vertikale Kooperation von Gewerbebetrieben erzeugt, wird hier für den Baubereich fortentwickelt. Auf einem Gelände von ca. 15.000 qm werden – bei hohen bauökologischen Standards – rd. 20 Betriebe des Bauhandwerks sowie vor- und nachgelagerter Dienstleistungen angesiedelt. Damit eröffnet sich die Möglichkeit, von der Bauplanung bis zur Finanzierung oder dem „facility management“ Bauleistungen und dazugehörige Dienstleistungen „aus einer Hand“ und unmittelbar aufeinander abgestimmt anzubieten. Für die beteiligten Betriebe lassen sich neben den wichtigen Führungsvorteilen durch räumliche Nähe und gemeinsame Projekte weitere Vorteile durch gemeinsame Organisation von Marketing und Vertrieb, einfacheren Zugang zu ökologischen Zuliefer- und Qualifizierungsangeboten sowie rationellere Nutzung von Gebäuden und Anlagen erwarten.

Beispiel 3: Hauswirtschaftliche Dienstleistungen/Verknüpfung von Ausbildung und Beschäftigung

Im AGENDA-Pilotstadtteil Neustadt reagiert eine Berufsfachschule auf die zunehmend widersprüchlichen Berufs- und Beschäftigungsbedingungen für hauswirtschaftliche Dienstleistungen, indem sie das Prinzip der Dienstleistungsagentur direkt mit der Berufsausbildung koppelt:

- Die Ansprüche an die Qualifikation und die Professionalität (von der sozialen Kompetenz über Fragen der Haushaltsorganisation/des Haushaltsmanagements bis zu ökologischen Produkt- und Anwendungskenntnissen) hauswirtschaftlicher Dienstleistungen nehmen ständig zu;
- die Nachfrage nach hauswirtschaftlichen Dienstleistungen erstreckt sich in wachsendem Umfang auf kurzzeitige, unregelmäßige, flexible Beschäftigungen in verschiedenen Umfeldern und bei verschiedenen Auftrag- bzw. Arbeitgebern;

- das professionelle Angebot steht gleichzeitig aber in harter Konkurrenz zu prekären Beschäftigungsformen (von geringfügiger Beschäftigung bis Schwarzarbeit) in diesem Bereich.

Um dieser Problemlage gerecht zu werden, wurde das traditionelle Ausbildungskonzept mit Praxisanteilen in Übungshaushalten sowie „echten“ Dienstleistungsangeboten (Wäschedienst, Reinigungsdienst, Einkaufsbegleitung, Partyservice etc.) angereichert. In der Erwartung, die zumeist schwierige und häufig mit Arbeitslosigkeit verbundene Berufseinmündungsphase zu erleichtern, weitet die Berufsschule überdies ihren Ausbildungsauftrag auf die berufliche Integration aus. Zu diesem Zweck wurde das dem Modellversuch angeschlossene Vermittlungs- und Beratungsbüro eingerichtet.

Es dient als Qualifizierungsmöglichkeit für die Auszubildenden, vorrangig aber als Agentur zur Vermittlung von hauswirtschaftlichen Leistungen und als Beratungsstelle für Institutionen und Privathaushalte, die hauswirtschaftliche Leistungen nachfragen. Die Vermittlungsleistung betrifft vor allem die organisatorische und logistische Bündelung von Kurzzeiteinsätzen zu einer für die Beschäftigten akzeptablen Gesamtbeschäftigung. Gleichzeitig bietet das Büro kompetente Beratung zu allen arbeits- und versicherungsrechtlichen sowie steuerlichen Fragen der hauswirtschaftlichen Beschäftigung. Damit sollen auf der Nachfrageseite die Voraussetzungen für angemessene Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in diesem Bereich verbessert werden.

Beispiel 4: Stadtteilorientierte Arbeitsvermittlung/Service-Kontor West

In enger Kooperation mit dem lokalen Gewerbe in einem bremischen Stadtteil eröffnet ein selbstorganisiertes Vermittlungsbüro niedrigschwellige und gegebenenfalls auch kurzzeitige Beschäftigungsmöglichkeiten für die arbeitssuchende BewohnerInnen des betreffenden Stadtteils. Das Dienstleistungsangebot umfaßt neben der „Jobvermittlung“ die Durchführung von Beratung und Bewerbungstraining, die Unterstützung bei Förderanträgen sowie die soziale Begleitung von Beschäftigungsverhältnissen. Die Vermittlungsleistungen erstrecken sich auf die Nutzung „klassischer“ Instrumente des zweiten Arbeitsmarkts (z. B. ABM oder BSHG) ebenso wie auf die Vermittlung von Praktika oder Vertretungsstellen.

Beispiel 5: Vernetzung im Stadtteil/Stadtteil-Forum „Zukunft der Arbeit“

In der Vorbereitung eines großen AGENDA 21-Sommerfestes im Pilotstadtteil hat sich herausgestellt, daß ein großes Interesse an der Vernetzung stadtteilorientierter Initiativen und Institutionen besteht und daß das Interesse an der Identifikation mit dem unmittelbaren Lebensumfeld und an sozialer Integration im Stadtteil ein gemeinsamer Nenner von Engagement und Beteiligung ist. Dieses Interesse wird durch die Organisation eines Stadtteilforums aufgenommen, das eine wirksame Vernetzung von über 50 Initiativen, Gruppen und Institutionen mit dem Ziel eines eigenständigen, lokalen Beitrags zur Beschäftigungssicherung und zur „Zukunft der Arbeit“ beabsichtigt.

Weitere Initiativen und Vorhaben in diesem Zusammenhang betreffen z. B. die Einrichtung eines Wohn- und Existenzgründungsprojekts für Frauen, die Verknüpfung von sozialen und haushaltsorientierten Dienstleistungen mit Beschäftigungs-, Beratungs-, Beteiligungsangeboten in Stadtteilküchen, Dienstleistungsagenturen, Aufsichts- und Servicefunktionen in Großwohnanlagen (Conciergen-Modell), die Einrichtung eines regionalen „Arbeitszeitobservatoriums“ mit dem Zweck, für unterschiedliche betriebliche Bedingungen angemessene Modelle von Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsumverteilung zu identifizieren und verfügbar zu machen, oder die Installierung eines regionalen Unternehmens-Wettbewerbs für nachhaltigeres Wirtschaften mit dem Schwerpunkt auf Innovationen im Bereich der Ökologie und der Arbeitsgestaltung.

4. Schlußfolgerungen zu den Leitfragen des Gesamtvorhabens „Arbeit und Ökologie“

Bei den ausgewählten Beispielen handelt es sich um Vorhaben, die zum einen einen deutlichen Bezug zu arbeitspolitischen und gewerkschaftlichen Debatten aufweisen und zum anderen ebenso deutliche Bezüge zur Entwicklung der lokalen Ökonomie erkennen lassen. Selbstverständlich kann diese spezifische Schnittmenge nur einen sehr begrenzten Ausschnitt aus der Vielfalt von Aktivitäten und Maßnahmen zur lokalen AGENDA 21 in Bremen darstellen. Was für den inhaltlichen Geltungsbereich zutrifft, gilt auch für den zeitlichen Horizont: Da in Bremen – wie auch anderswo – AGENDA 21-Prozesse sich gerade erst entfaltet und noch keine stabile Gestalt angenommen haben, wäre es zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht, resümierende und verallgemeinernde Aussagen über die Wirkung und die Potentiale derartiger Prozesse zu formulieren. Gleichwohl ergeben die Auswertungen bisheriger Erfahrungen einige systematische Befunde, die auch über den begrenzten Rahmen der empirisch verfügbaren Daten und Beispiele hinaus begründete Schlußfolgerungen über Entwicklungen und Entwicklungsoptionen ermöglichen. Die ausführlicheren Überlegungen in den Punkten 4.1 und 4.5 können sich auf Interpretationen und Auswertungen der bisherigen Entwicklungen und Verläufe stützen; die Ausführungen in den Abschnitten 4.2, 4.3 und 4.4 beziehen sich eher auf (potentielle) Ergebnisse dieser Prozesse und haben daher zwangsläufig einen etwas spekulativeren Charakter.

4.1. (Zukunfts-)Trends und deren Bedingungen

Aufgrund ihrer Nähe zu den örtlichen Verhältnissen und Entwicklungen kann gerade die lokale Ökonomie relativ sensibel und treffsicher auf die jeweils konkreten Mischungen von sozial und kulturell diversifizierten Bedürfnissen und ökonomischen Voraussetzungen reagieren und damit durchaus auch beschäftigungspolitisch relevante Beiträge erbringen. Insbesondere im Kontext lokaler AGENDA 21-Prozesse – sofern sie ihr Augenmerk explizit auf die Entwicklung von Arbeit und Beschäftigung richten – lassen sich in kleinräumigen Zusammenhängen Engagement und Kreativität mobilisieren, Gelegenheits- und Motivationsstrukturen verändern und Brücken zwischen Arbeitswelt und außerbetrieblicher Lebenswelt bauen. Neue bzw. veränderte Ansprüche, die sich in Freizeit, Bildung, Familie, Sozialmilieu entwickeln, können in „passende“ Beschäftigungsangebote und/oder Zugangsmöglichkeiten zu Beschäftigungsangeboten übersetzt werden. Umgekehrt gibt es Beispiele dafür, daß durch die Einbindung in kollektive und kooperative Entwicklungsprozesse Beiträge zu einer „Normalisierung“ von Tätigkeiten und Beschäftigungsformen geleistet werden, die die sozialen Risiken derartiger Arbeit und ihren marginalen Charakter zumindest partiell überwinden. In dem Maße, in dem dies gelingt, können Dienste und Angebote, die im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Förderprogramme oder im Rahmen eh-

renamtlicher, nachbarschaftlicher oder ähnlicher Tätigkeiten nur ein Vehikel für zeitweilige und wenig anerkannte Beschäftigung (ob Recycling, Gartenarbeit oder Möbelwerkstatt) sind, durchaus eine Rolle als Motoren des sozialen Wandels einnehmen.

Eine wesentliche Erfolgsbedingung von derartigen Projekten und Maßnahmen besteht in der Einbeziehung und Mitarbeit vieler „zivilgesellschaftlicher“ Gruppierungen und Akteure sowie in der Organisation eines zielorientierten Verständigungs- und Kooperationsprozesses zwischen diesen und den institutionalisierten Trägern und Verantwortlichen aus dem Bereich der „formellen“ Politik. Diese Aufgabe erfordert auf beiden Seiten eine gewisse Lern- und Verständigungsbereitschaft bis hin zu der Bereitschaft, – in gewissen Grenzen – eigene Handlungsvoraussetzungen zu überdenken und gegebenenfalls zu modifizieren. Dies gilt auch für gewerkschaftliche Beteiligung und stellt eines der auftretenden Probleme dar. Insbesondere wenn es um die schwierige Balance zwischen ökonomischer Stabilisierung, sozialen Integrations- und Entlastungsfunktionen sowie ökologischen Modernisierungserfordernissen geht, müssen die Kooperationsbemühungen an vielen Stellen durch kompetente Beratungs- und Moderationsleistungen unterstützt werden.

Ein häufiges Merkmal von Modellen und Projekten, die aus diskursiven und kooperativen Entwicklungsprozessen hervorgegangen sind, besteht darin, daß sie in ihrer praktischen Umsetzung selbst auf Kooperation vieler bzw. mehrerer Beteiligter beruhen und diese Kooperation eine der entscheidenden Ressourcen für ihr Funktionieren darstellt. Dabei sind häufig interne Kommunikations- und Kooperationsprobleme zu lösen: Bei horizontaler Kooperation (Beispiel: Lieferdienst) sind die gleichgerichteten Interessen vieler, jedoch untereinander konkurrierender Akteure abzustimmen; bei vertikaler Kooperation (Beispiel: Bau Centrum) entsteht das Erfordernis, Synergien und Gemeinsamkeiten bei heterogenen Interessen und sachlichen Anforderungen herzustellen. In beiden Fällen erweist sich ein unabhängiges „Netzwerk- und Kooperationsmanagement“ (vgl. Arbeitskreis „Ortsnahe Produktionen“ 1998) als hilfreich, das sowohl eine moderierende als auch eine fachlich beratende Funktion erfüllen sollte.

Die Bedeutung dieser Beiträge liegt zunächst weniger in ihren quantitativen Effekten als vielmehr in der Adaption oder der Entwicklung und „Erfindung“ angemessener Modelle und Beispiele. Deren Übertragung und Verallgemeinerung ist in der Regel nicht im Rahmen von lokalen AGENDA 21-Prozessen zu leisten. Bei dieser Aufgabe sind die herkömmlichen Akteure politischer Willensbildung und Entscheidungsfindung auf der kommunalen/regionalen Ebene gefordert, zu denen u. a. auch Gewerkschaften zählen. Im Außenverhältnis zu Institutionen und Organisationen (*die* Politik, *die* Gewerkschaft, *die* Interessenverbände etc.) erlangen freilich gerade Entwicklungsprozesse im Bereich der lokalen Ökonomie nur wenig Beachtung und selten eine intensive Unterstützung. Ein Grund liegt in der dafür wenig geeigneten Ausrichtung von wirtschafts-, arbeits-, beschäftigungspolitischen Programmen und Instrumentarien, die eine wünschenswerte Stützung und Flankierung von Projekten und Modellen, vor allem aber die Verbreiterung und Verallgemeinerung von erfolgreichen Vorhaben erschwert. Auf diesem Feld ließe sich gewerkschaftlicher Einfluß bei der

Bewilligungs- und Vergabepraxis von Beschäftigungsmaßnahmen, bei der Wirtschaftsförderungs- und Strukturpolitik sowie bei der Definition von lokalen bzw. kommunalen Handlungsschwerpunkten geltend machen.

4.2 Wechselwirkungen mit ökologischen Anforderungen

Konkrete ökologische Zielsetzungen im Sinne von Umweltentlastung oder Umweltsanierung verfolgen die o. g. Vorhaben zumindest nicht systematisch. Gleichwohl sind im Einzelfall und dort, wo es in der Eigenlogik des Einzelprojekts angelegt ist, durchaus unmittelbare ökologische Effekte zu erwarten: etwa bei der Qualifizierung im Bereich ökologisches Bauen für die Handwerksbetriebe im Bau Centrum oder bei der Berücksichtigung gesunder und umweltverträglicher Konsum- und Verwendungspraktiken von Lebensmitteln, Reinigungsmitteln etc. in der Ausbildung von HauswirtschafterInnen.

Darüber hinaus ist mit der Einbindung in die lokale Ökonomie und der Orientierung an den konzeptionellen Anforderungen der nachhaltigen Entwicklung aber bei allen Vorhaben ein gemeinsamer, gleichsam mittelbarer ökologischer Effekt verbunden und durchaus auch beabsichtigt: Versorgungs- und Dienstleistungen werden kleinräumig miteinander verknüpft, für die Nachfrageseite zugänglicher und für die Angebotsseite rationeller. In dem Maße, in dem derartige Vorhaben und Maßnahmen zur Stabilisierung und Stärkung der lokalen Ökonomie tatsächlich erfolgreich sind, tragen sie zu einer Maßstabsverkleinerung von wirtschaftlichen Beziehungen, sozialen Beziehungen und mentalen Orientierungen bei. Damit verkürzen oder erübrigen sich Transportwege, Mobilitätsradien werden kleiner, und die tatsächliche oder vermeintliche Notwendigkeit der privaten PKW-Nutzung verringert sich.

Ob und in welchem Umfang solche eher indirekten Effekte tatsächlich eintreten, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht zu beurteilen; eine Überprüfung und Auswertung von Erfahrungen unter diesen Gesichtspunkten sollte generell ein Bestandteil von lokalen AGENDA 21-Prozessen sein.

4.3 Ansätze für soziale Innovationen

AGENDA 21-Prozesse haben sich mittlerweile weit verbreitet und werden in vielen Kommunen durchgeführt. Allein die Frage, ob die Existenz eines solchen Verfahrens eine Innovation darstellt, ist in der fachlichen wie öffentlichen Diskussion hoch umstritten. Der Einschätzung „alter Wein in neuen Schläuchen“ stehen weitreichende Erwartungen und Hoffnungen gegenüber, die sich zumeist aber gerade nicht oder nur sehr eingeschränkt auf die soziale Dimension von nachhaltiger Entwicklung richten. Insofern scheint es eine eher untypische Erfahrung zu sein, daß im lokalen AGENDA 21-Prozeß in Bremen neben der Frage der weltweiten Gerechtigkeit auch ein relativ großes Augenmerk auf jene sozialen Fragen und Probleme gelegt wurde, die aktuell und „vor Ort“ die politischen Diskussionen beherrschen. Dabei lassen sich zwei Zugänge unterscheiden, die sich mit den Perspektiven verschiedener Akteure

verbinden: Die organisierten und institutionalisierten Akteure (von den Gewerkschaften über die freien Beschäftigungsträger und -initiativen bis zu den Arbeitgebern) bewegen sich mit ihren Beiträgen (und Konflikten) eher im Bereich der Modernisierung des Arbeits- und Beschäftigungssystems, d. h. dort, wo über soziale Standards und soziale Sicherheit durch Arbeit, Einkommen und soziale Sicherungssysteme diskutiert und entschieden wird. Von vielen anderen Akteuren (Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, vor allem aber unorganisierten Bürgern und Bürgergruppen) wird dagegen die soziale Dimension von nachhaltiger Entwicklung mit einem anderen Inhalt gefüllt. Insbesondere in den Wohnquartieren und Stadtteilen stehen Fragen der sozialen Integration, der Aufrechterhaltung von Nachbarschaftsbeziehungen und städtischem Gemeinwesen sowie der Vermeidung von Exklusion und Marginalisierung im Vordergrund.

Beide Zugänge – über soziale Sicherheit und über soziale Integration – treffen und mischen sich in den Bemühungen um eine Modernisierung und Stabilisierung der lokalen Ökonomie. Deren Funktion als Arbeits- und Beschäftigungspotential gilt es in solchen Bemühungen ebenso zu berücksichtigen wie ihre Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt im lokalen Umfeld. Initiativen wie der Einkaufs- und Begleitdienst in der HauswirtschafterInnen-Ausbildung, der Hol- und Bringdienst des Einzelhandels oder die niedrigschwellige Arbeits- und Beschäftigungsvermittlung (s. o.) setzen diesen Anspruch durch ihre explizite Stadtteilorientierung um.

Neben den Wirkungen, die von erfolgreichen Vorhaben auf ihr Umfeld ausgehen, tragen – insbesondere, wenn viele Akteure aus unterschiedlichen „Szenen“, Milieus, kulturellen Umfeldern beteiligt sind – auch positive Kooperationserfahrungen in gemeinsamen Projekten zu der Herstellung von sozialem Kapital bei. In einigen Fällen ist zu beobachten, daß ein gewisses Maß an Vertrauen in die Kompetenzen und die Verlässlichkeit von bislang eher mißtrauisch betrachteten Gruppen oder Personen entstanden ist und daß diese Ressource dann auch in anderen Zusammenhängen genutzt werden konnte und kann.

Derartige positive Ansätze dürfen freilich nicht überschätzt werden. Den erfolgreichen Beispielen steht immer auch eine (vermutlich größere) Anzahl von gescheiterten oder weniger erfolgreichen Vorhaben entgegen, und nach wie vor sind der Entwicklung von „win-win“-Lösungen für ökologische, soziale und ökonomische Probleme durch individuelle bzw. gruppenspezifische Interessen sehr enge Grenzen gesetzt. Diese Grenzen wären im Sinne eines neuen, dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung entsprechenden Solidaritätsbegriffs zu verschieben. Eine Solidarität, die tatsächlich Umwelt und Natur, folgende Generationen, weit entfernt lebende Menschen und Arme, Arbeitslose und Ausgegrenzte in der eigenen Umgebung einschloße, würde in praktisches Handeln umgesetzt vermutlich nach wie vor als unakzeptable Zumutung wahrgenommen werden.

4.4 Beiträge zur Verknüpfung von nachhaltiger Entwicklung und Lebensqualität

Neben den dargestellten und beabsichtigten Effekten, die alle als Verbesserungen von Lebensqualität zu interpretieren sind, liegt unter Umständen ein besonderes Potential in der Kleinräumigkeit, Vielfalt und Beteiligung vieler unterschiedlicher Akteure in den Diskussionen und praktischen Vorhaben. Angesichts anhaltender gesellschaftlicher Basistrends wie Individualisierung, Pluralisierung und Enttraditionalisierung werden die verallgemeinernden und vereinheitlichenden Normbildungs-, Steuerungs- und Regulierungspotentiale in den modernen Gesellschaften immer geringer; mit anderen Worten: Es wird immer schwieriger, für alle oder zumindest für eine große Mehrheit in der Gesellschaft gültige und akzeptierte Regeln des Handelns und Verhaltens durchzusetzen. Dies gilt mit Blick auf die Anforderungen der nachhaltigen Entwicklung wegen deren Komplexität ganz besonders. Andererseits zeigen nicht nur die Erfahrungen in AGENDA 21-Prozessen, sondern die enorme Bereitschaft zum Engagement in vielen gesellschaftlichen Bereichen und die Beteiligung an allen möglichen assoziativen Aktionen, daß gemeinschafts- und integrationsorientierte Interessen und Bedarfe durchaus vorhanden sind. AGENDA 21-Prozesse bieten gute Voraussetzungen dafür, Angebote und konkrete, praktische Beteiligungsmöglichkeiten für selbstgewähltes Engagement zu schaffen, das keine dauerhaften Bindungen an Großorganisationen erfordert und doch sinnvolle Ergebnisse verspricht, von denen die Individuen auch selbst profitieren können. Zumindest von einem Teil der Gesellschaftsmitglieder werden derartige Angebote vermutlich als Gewinn an Lebensqualität interpretiert.

4.5 Gewerkschaftliche Beteiligungs- und Handlungsmöglichkeiten

Ein gemeinsamer Nenner der dargestellten Beispiele und der daraus gewonnenen Erfahrungen besteht darin, daß ihre Konzeptionierung und Realisierung sich an der Schnittstelle von stadt- und arbeitspolitischen Fragen und Entwicklungen bewegen. Dies stellt für die gewerkschaftliche Beteiligung an diesen Prozessen zunächst ein grundsätzliches Problem dar: Seit langer Zeit befindet sich die deutsche Gewerkschaftsbewegung in einem Entwicklungsprozeß, der sich als „Konzentration auf das Kerngeschäft“ beschreiben läßt. Schon längst sind die originären Bezüge zur außerbetrieblichen Lebenswelt, die früher in Form von Konsumgenossenschaften, Wohnungsbaugenossenschaften, Freizeitvereinigungen etc. existierten, aus der gewerkschaftlichen Arbeit entfernt worden, und auch die verbliebenen Reste dieser einstmaligen umfassenden Orientierung verlieren – bis hin zur politischen Bildung und Kulturarbeit – in der gewerkschaftlichen Praxis zusehends ihren Stellenwert.

Die Beschlußlage des DGB und der Einzelgewerkschaften geht zwar nach wie vor eindeutig über eine unmittelbare betriebliche Interessenvertretung hinaus und bezieht gesellschaftspolitische wie ökologische Fragestellungen bewußt ein: „Der DGB und seine Gewerkschaften vertreten nicht nur die Interessen der Menschen, die im Ar-

beitsleben stehen, die eine Ausbildung und Arbeit anstreben, arbeitslos oder im Ruhestand sind, sondern verstehen sich darüber hinaus auch als gesellschaftliche Organisationen mit einem übergreifenden Gestaltungsauftrag, den sie mit anderen sozialen Bewegungen und politischen Kräften umsetzen. Dabei wird ihre Arbeit von der Vision einer lebenswerten Zukunft geleitet, in der Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Wohlstand und ökologische Verantwortung gewährleistet sind“ (Deutscher Gewerkschaftsbund 1997: 1). Gleichwohl sind in dieser *gesellschaftspolitischen Dimension* die Chancen für eine Ausweitung des praktischen gewerkschaftlichen Engagements angesichts der dargestellten (und aufgrund ökonomischer und sozialer Prozesse durchaus begründeten) Entwicklungstendenz eher gering einzuschätzen.

In einer *interessenpolitischen Dimension* stellt sich beim gewerkschaftlichen Engagement in AGENDA 21-Prozessen in mehrfacher Hinsicht die Frage nach dem Umgang mit den durchaus vorhandenen Widersprüchen innerhalb des magischen Dreiecks der Nachhaltigkeit. Zunächst lassen sich die Gewerkschaften in ihrem umweltpolitischen Engagement von der Erkenntnis leiten, daß sich ökologische Erneuerung ebensowenig wie soziale Gerechtigkeit aus dem Selbstlauf des Marktes ergibt, sondern gesellschaftliches Engagement erfordert. Dieser programmatische Anspruch wird durchaus auch im Zusammenhang mit dem AGENDA 21-Prozeß verfolgt; so wurde z. B. die internationale Klimakonferenz des DGB in Kooperation mit dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften 1995 in Berlin parallel zum offiziellen „Berliner Klimagipfel“ organisiert.

Im Hinblick auf konkrete Gestaltungsprozesse und die gewerkschaftliche Beteiligung daran wird jedoch oftmals deutlich, daß dieser Anspruch mit anderen kollidiert und mit dem gewerkschaftlichen Organisationsauftrag nicht leicht zu vereinbaren ist. Hierbei spielt sicherlich eine Rolle, daß in Zeiten wachsender sozialer Unsicherheit von seiten der Mitglieder kaum das Bedürfnis artikuliert wird, an diesem Prozeß mitzuwirken. Gegenüber der geforderten Solidarität mit nachfolgenden Generationen, mit Menschen in weit entfernten Gegenden der Welt oder mit der Umwelt bzw. der Natur scheint das Interesse zu überwiegen, die eigenen materiellen und sozialen Standards zu erhalten. Nicht zuletzt deshalb beschränken sich die Aktivitäten von Gewerkschaften häufig auf die Beteiligung einzelner engagierter Personen, deren Beiträge nur mühsam in die Organisation durchdringen.

Darüber hinaus bedeutet die Beteiligung an stadtpolitischen und überdies konsens- und kooperationsorientierten Prozessen aber ein weiteres Problem in der interessenpolitischen Dimension: Sie erfordert nämlich von den Gewerkschaften wie von allen anderen traditionellen Akteuren der gesellschaftlichen Auseinandersetzung, sich auf neue Formen der Aushandlung und Entscheidungsfindung sowie eine deutlich vergrößerte Anzahl von Themen und Problemen wie auch von beteiligten Akteuren, Institutionen und Interessen einzulassen. Beides ist nicht einfach, weil die Abkehr von herkömmlichen Frontstellungen und Schlachtordnungen – etwa im Verhältnis von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden – aus einem engen interessenpolitischen Blickwinkel häufig mißtrauisch beobachtet wird: Die Beteiligung an Bürgerforen, Kaminesprächen oder ähnlichen Verständigungsprozessen gerät leicht in den Verdacht des „Interessenverrats“. Dies gilt um so mehr, wenn in solchen Prozessen

auch noch Themen und Inhalte verhandelt und bearbeitet werden, die auf der Prioritätenliste der gewerkschaftlichen Interessenvertretung nicht weit oben rangieren.

Gerade der Bezug auf konkrete Projekte und lokale Beispiele ermöglicht es jedoch, zeitweilig – nicht immer – ausbalancierte Problemlösungen zu entwickeln und zu demonstrieren. Eine intensive gewerkschaftliche Beteiligung ist in vielen Fällen geradezu die Voraussetzung gelungener Problemlösungen, deren Existenz schließlich auch zur „inneren“ Legitimation und Motivation beiträgt. Information und Motivation der Mitglieder sind mithin eine notwendige und durchaus auch lösbare Aufgabe.

Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit kann sicherlich dazu beitragen, die Beschäftigten „vor Ort“ zu erreichen und den Nachhaltigkeitsgedanken zu befördern (z. B. mit Behandlung von Umweltinformationssystemen wie Öko-Audit, Öko- und Sozial-Label). Bedeutender dürften in diesem Zusammenhang aber praktische Verknüpfungen von außer- und innerbetrieblichen Problemstellungen sein, mit denen gezeigt werden kann, daß sich betriebliche Interessenvertretungspolitik und die Mitarbeit an der Verbesserung von außerbetrieblichen Lebensbedingungen sinnvoll ergänzen können. Dies gilt z. B. im Hinblick auf die Vereinbarkeit von biographischer Lebensplanung mit Beschäftigungsperspektiven und beruflicher Qualifizierung, wie dies beispielhaft mit überbetrieblichen „Job Rotation“-Projekten versucht wird, die durch eine Anerkennung und Aufwertung von Tätigkeiten außerhalb des Erwerbssektors zu ergänzen wären. In eine ähnliche Richtung weist auch die zaghafte Unterstützung durch Betriebsräte und Gewerkschaften für Vereinbarungen zum „Job-Ticket“ und Fahrgemeinschaften der Beschäftigten. Die Ausweitung von betrieblicher (Arbeits-)Zeitpolitik und von betrieblicher Umweltpolitik über die Betriebsgrenzen hinaus könnten Ansätze einer weitgehend akzeptierten Interessenpolitik darstellen, die sich gleichermaßen auf den Schutz der Menschen im Betrieb, den Schutz der außerbetrieblichen Umwelt und die Sicherung der Arbeitsplätze richtet.

Ein wesentliches Problem für das gewerkschaftliche Engagement in lokalen AGENDA 21-Prozessen und insbesondere bei Entwicklungen, die die lokale Ökonomie betreffen, liegt überdies in einer *organisationspolitischen Dimension*. Angesichts der zum Teil massiven Mitgliederverluste, die die Gewerkschaften in den zurückliegenden Jahren hinnehmen mußten, hat sich nicht nur eine stärkere inhaltliche Konzentration auf das „Kerngeschäft“ – die Gewährleistung von Einkommen und sozialer Sicherheit – vollzogen, sondern auch eine Konzentration auf mitgliederstarke Branchen und einflußreiche wie organisationskräftige Großbetriebe. Die kleinen und aus zahlreichen Gründen schwer zu organisierenden Betriebe im wohnortnahen Einzelhandel, in Dienstleistungs- und Handwerksbetrieben usw. liegen dagegen weitgehend am Rande des organisationspolitischen und damit auch interessenpolitischen Blickfelds. Für kleine und mittlere Betriebe sowie den Dienstleistungsbereich wird jedoch in Zukunft ein wachsender Beschäftigtenanteil erwartet, und angesichts dieser Entwicklung „können die Gewerkschaften einpacken, wenn es ihnen nicht gelingt, dort

‘rein zu kommen‘ (Interview). Dabei müssen auch Wege gegangen werden, die über die bisherige Arbeit der Gewerkschaften hinausreichen.¹⁰

Gewerkschaftliches Engagement in diesen Bereichen eröffnet mithin auch organisationalpolitische Chancen, und gerade die Beteiligung an AGENDA 21-Prozessen kann dazu beitragen, da sie jene lebensweltlich eingebundenen und projektförmigen Aktionsmöglichkeiten eröffnet, an denen sich z. B. das Engagement von Jugendlichen in besonderer Weise orientiert. Die sporadischen Beispiele dazu (z. B. bei der Zusammenarbeit einer Schule mit einem industriellen Großbetrieb in einem konkreten Umweltschutz- und Recyclingprojekt) zeigen, daß hier gewerkschaftliche Unterstützung und insbesondere die Beteiligung gewerkschaftlicher Jugendvertretungen eine gute Möglichkeit eröffnen, Jugendliche an die gewerkschaftliche Interessenvertretung heranzuführen.

Bislang vollständig ausgeblendet scheint die in lebensweltlichen und konkreten, stadtteilorientierten Zusammenhängen durchaus mögliche und sinnvolle Einbeziehung älterer, aus dem Berufsleben ausgeschiedener Gewerkschaftsmitglieder zu sein. Hier wird ein enormes Potential von Kenntnissen und Fähigkeiten vernachlässigt, das viele AGENDA 21-Aktivitäten (z. B. bei praktischen „Solarenergie-Projekten“ in Jugendtreffs oder Freizeitheimen) mit fachlicher und professioneller Qualität anreichern könnte.

Selbstverständlich können sich die Gewerkschaften auch in AGENDA 21-Prozessen nicht jenem Dilemma entziehen, das seit der Entstehung und Verfestigung der Massenarbeitslosigkeit die Auseinandersetzungen in einer *arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Dimension* beherrscht: Einerseits muß es das Anliegen der Interessenvertretung von ArbeitnehmerInnen und „ArbeitsplatzbesitzerInnen“ sein, für die Erhaltung von existierenden Standards und Strukturen zu kämpfen; andererseits kann man sich der Notwendigkeit von Flexibilisierungen und Differenzierungen des Beschäftigungssystems im Interesse von Arbeitslosen und Beschäftigungssuchenden, aber durchaus auch im Interesse dauerhafter Sicherung vorhandener Beschäftigung sowie dem Interesse diverser Beschäftigtengruppen an flexibleren und optionalen Beschäftigungsmöglichkeiten nicht verschließen. Die befürchtete „Aufweichung der bestehenden Arbeitsverhältnisse“ hält insbesondere die Einzelgewerkschaften davon ab, sich aktiv einzubringen, und in konkreten Gestaltungsprozessen geraten Gewerkschaften, gerade wenn es um neue Beschäftigungsmodelle im Bereich der lokalen Ökonomie geht, häufig in Konflikte mit anderen arbeitspolitisch aktiven Einrichtungen und Gruppierungen wie z. B. freie Beschäftigungsträger, Kirchen oder selbstorganisierte Initiativen (Arbeitsloseninitiativen, Freiwilligenagenturen, Tauschringe, Lebensmittelverteilung „Bremer Tafel“ etc.).

Die Positionen dieser Akteure des sogenannten „dritten Sektors“ und deren Arbeit werden von gewerkschaftlicher Seite allzu häufig als Bedrohung wahrgenommen, was die an vielen Stellen möglichen und sinnvollen Kooperationen erheblich einschränkt.

10 Mittlerweile gehen die Gewerkschaften durchaus dazu über, auf die qualitativen Änderungen der Arbeitsverhältnisse nicht nur mit Abwehrstrategien zu reagieren. Als ein Beispiel sei hier auf die Beratung der IG Medien für Freiberufler verwiesen.

Derartige Kooperationen können sich in konkreten Projekten auf die Re-Regulierung von Beschäftigungsverhältnissen (Abschlüsse von Tarifverträgen, Sicherung von Einkommens- und Beschäftigungsstandards) oder z. B. auf die Entwicklung von organisatorischen Mischformen zwischen Markt und Staat, auf „Joint-Ventures“ oder Public-Private-Partnerships zwischen freien Beschäftigungsträgern oder selbstorganisierten Initiativen sowie „normalen“ Privatbetrieben oder öffentlichen Dienststellen erstrecken. Insbesondere der Bereich der lokalen Ökonomie und die kooperativen AGENDA 21-Prozesse könnten hierfür ein geeignetes Experimentierfeld abgeben.

Auf der Ebene regionaler und gesamtgesellschaftlicher Steuerungs- und Regulierungsprozesse sind die Gewerkschaften überdies in vielfacher Weise in die Verantwortung für das Handeln der arbeits(markt)- und sozialpolitischen Institutionen eingebunden. Ein nachdrücklicheres Eintreten von Gewerkschaften z.B. gegen die Tendenzen zur Verschärfung von Verfügbarkeitsklauseln oder gegen die zunehmend von individuellen Bedingungen abgelöste Zuweisungspraxis in Beschäftigung könnte die Bemühungen um sozial akzeptable und multioptionale Zugänge zum Beschäftigungssystem auf lokaler Ebene durchaus unterstützen.

In einer *wirtschafts- und strukturpolitischen Dimension* gewerkschaftlichen Handelns liegen schließlich jene Ansatzpunkte, die über die betriebliche Interessenvertretung und die formelle Beteiligung an den arbeits- und sozialpolitischen Institutionen hinaus auf einer regionalen Ebene nutzbar wären. Hier geht es insbesondere darum, die notwendige Verallgemeinerung von guten Beispielen und Modellen zu unterstützen und die konkreten Konflikte – etwa die zwischen den Interessenvertretungen von Handwerks- und anderen kleineren Gewerbebetrieben um die Förderung von „alternativen“ Beschäftigungsformen – zu bewältigen. Gewerkschaftlicher Einfluß kann im einzelnen sicherlich das eine oder andere Projekt „retten“ oder „durchsetzen“. Wichtiger und wirksamer wären jedoch flankierende Maßnahmen und Rahmenbedingungen, die z. B. im Bereich ökologische Sanierung von Wohngebäuden und ökologisches Bauen auf die Verbreitung und nachhaltige Wirkung von ökologisch orientierten Einzelvorhaben durch Unterstützungsprogramme zur Qualifizierung von Handwerkern, zur Finanzierung derartiger Maßnahmen, zur Beratung von Hausbesitzern etc. abzielen.

Literatur

- Angestelltenkammer Bremen (1997): Dienstleistungen in Bremen, Bremen (Verf.: J. Muscheid)
- Angestelltenkammer Bremen (1998): Dienstleistungen in Bremerhaven. Bremen (Verf.: J. Muscheid/M. Prange)
- Arbeitsgruppe 4 „Nachhaltiges Quartier“ des Runden Tisches zur Lokalen AGENDA 21 für Bremen (Hg.) (1999): Wege zur Neustadt von Morgen. Lokale AGENDA 21 (bearbeitet durch Planungsgruppe „Vor Ort“), Bremen
- Drinkuth, A./Müller, T./Bierter, W. (Arbeitskreis „Ortsnahe Produktionen“) (1998): Konzept und Typologien „Ortsnahe Produktionen“ mit Vorschlägen für ein prozeßorientiertes Förderprogramm aus der Sicht von KMUs und Handwerksbetrieben, Frankfurt a. M.
- Association of London Government (1998): The London Study, London
- Baumeister, H. (1998): Personal- und Organisationsentwicklung in Klein- und Mittelbetrieben, in: Leithäuser, T. (Hg.): Arbeit und Politik, Mitteilungsblätter der Akademie für Arbeit und Politik an der Universität Bremen, Nr. 22/23, Bremen
- Baumeister, H. (1999): 630-DM-Jobs im Lande Bremen, Bremen (unveröffentlichtes Manuskript)
- Biesecker, A. (1999): Kooperative Vielfalt und das „Ganze“ der Arbeit – die Strukturierung zukunfts-fähigen Arbeitens durch neue Formen der Teilung und Verteilung von Arbeit, Bremer Diskussionsbeiträge zur Institutionellen Ökonomie und Sozial-Ökonomie Nr. 31, Bremen
- Boulin, J.-Y. (1998): Von der Arbeitszeit zu den Zeiten der Stadt: Für einen globalen Ansatz der Zeitpolitik, in: Mückenberger, U. (Hg.): Die Zeiten der Stadt, Bremen
- BAW Monatsberichte (Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung), 2/1987, 3/1987, 11/1993, 1/1994, 4/1996; 5/1996, 1/1997
- BAW (Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung)/Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung (NIW) (1994): Konzept für eine regionale Infrastrukturpolitik im Raum der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen (Band I, II, III), Hannover/Bremen
- Der Senator für Arbeit/Bündnissekretariat (o. J.): Regionales Beschäftigungsbündnis Bremen und Bremerhaven. Aktionsplan, Bremen
- Der Senator für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie (1997): Perspektiven für den stadtbremischen Einzelhandel im Sanierungszeitraum, Bremen
- Deutscher Bundestag (1998): Umweltbericht 1998. Bericht über die Umweltpolitik der 13. Legislaturperiode, BT-Drucksache 13/10735, S. 47
- Deutscher Gewerkschaftsbund (1997): Bericht im Nationalen Komitee für Nachhaltige Entwicklung, Bonn
- Europäische Kommission (1998): Sustainable urban development in the European Union: a framework for action, COM/98/605 F
- Evers, A./Olk, T. (Hg.) (1996a): Wohlfahrtspluralismus: Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft, Opladen
- Evers, A./Olk, T. (1996b): Wohlfahrtspluralismus – Analytische und normativ-politische Dimensionen eines Leitbegriffs, in: Evers, A./Olk, T. (Hg.) (1996a)
- Froessler, R./Lang, M./Selle, K./Staubach, R. (Hg.) (1994): Lokale Partnerschaften, Basel/Boston/Berlin
- Giddens, A. (1995): Konsequenzen der Moderne, Frankfurt a. M.
- Habig, M. (1997): Analyse der raumzeitlichen Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes in der Stadt Bremen zwischen 1976 und 1995, Diplomarbeit (unveröffentlicht)

- Hahn, E./LaFond, M. (1997): Lokale Agenda 21 und ökologischer Stadtbau, WZB-paper FS II 97-406, Berlin
- Häußermann, H./Siebel, W. (1993): Die Politik der Festivalisierung und die Festivalisierung der Politik, in: Häußermann, H./Siebel, W. (Hg.) (1993): Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte, Leviathan Sonderheft 13/1993, Opladen
- Henckel, D. (1998): Arbeitszeiten und soziale Organisation der Zeiten, in: Mückenberger, U. (Hg.) (1998): Die Zeiten der Stadt, Bremen
- Hildebrandt, E. (1999): Arbeit und Nachhaltigkeit, WZB-paper P 99-502, Berlin
- ISG (Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik) (1998): Sozialversicherungsfreie Beschäftigung, Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, 2. Wiederholungsuntersuchung, Köln
- Kilper, H./Rehfeld, D. (1992): Vom Konzept der Agglomerationsvorteile zum Industrial District, Gelsenkirchen
- Krämer-Badoni, T./Petrowsky, W. (Hg.) (1997): Das Verschwinden der Städte. Dokumentation des 16. Bremer Wissenschaftsforums der Universität Bremen, 14.-16. November 1996, Forschungsberichte der ZWE „Arbeit und Region“ der Universität Bremen Nr. 8, Bremen
- Läpple, D./Deecke, H./Krüger, T. (1994): Strukturentwicklung und Zukunftsperspektiven der Hamburger Wirtschaft unter räumlichen Gesichtspunkten, Hamburg
- Läpple, D. (1996): Ökonomische Perspektiven der Städte, in: Die alte Stadt 2/96
- Laville, J.-L. (1994): L'économie solidaire, Paris
- Mäding, H. (1998): Entwicklungsperspektiven für die Stadt – Trends und Chancen, in: Stadtforschung und Statistik 1/98, S. 15-26
- Mayer, J. (1994): Eigenständige städtische Ökonomien, Loccumer Protokolle 27/94
- Mayer-Ries, J. (Hg.) (1998): Zwischen globalen und lokalen Interessen, Loccumer Protokolle 16/98
- Mendius, H. G. (1997): Arbeitsgesellschaft am Ende oder vor zukunftsfähigen Perspektiven?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35/97
- Mückenberger, U. (Hg.) (1998): Die Zeiten der Stadt, Bremen
- Porter, M. E. (1991): Nationale Wettbewerbsvorteile – Erfolgreich auf dem Weltmarkt konkurrieren, München
- Selle, K. (1996): Kooperation im intermediären Bereich. Anmerkungen zum Wandel im Planungsverständnis, in: Evers, A./Olk, T. (Hg.) (1996a)
- Sennett, R. (1998): Der flexible Mensch, Berlin
- Spitzley, H. (1998): Neue Arbeit. Bausteine einer zukunftsfähigen Arbeitspolitik, Vortrag auf der 3. Österreichischen Armutskonferenz am 22. Oktober 1998 in Salzburg, Manuskript
- Trube, A. (1997): Lokale Selbstverwaltung und Sozialpolitik, in: Alternative Kommunalpolitik 4/97, S. 45-49
- Ullrich, O. (1999): Regionalisierung: Die räumliche Grundlage für eine zukunftsfähige Lebensweise, in: Finkeldey, L. (Hg.): Tausch statt Kaufrausch, Bochum
- Warsewa, G. (1998): Agenda 21 – Ein Politikmodell für das 21. Jahrhundert, in: Kommune 7/97, S. 44-47
- Wentz, M. (1996): Stadt-Pläne: Zum Thema, in: Magistrat der Stadt Frankfurt am Main (Hg.): Stadt-Pläne. Stadtentwicklungsplanung im Vergleich. Internationaler Frankfurter Städtebau-Diskurs, Deutsches Architektur-Museum, 29. Februar - 1. März 1996, Frankfurt a. M.
- West, A. (1998): Empowering Citizens and Promoting Partnerships, Vortrag beim europäischen Städteforum am 26./27.11.1998 in Wien; vgl. dazu auch: Community Development Foundation <http://www.cdf.org.uk>
- Ziegler, A. (1997): Lokale und regionale Beschäftigungspakte, in: WSI-Mitteilungen 9/97, S. 617-623

Papers der Querschnittsgruppe „Arbeit & Ökologie“

- P98-501 Jürgen Blazejczak, Eckart Hildebrandt, Joachim H. Spangenberg, Helmut Weidner: Arbeit und Ökologie – Ein neues Forschungsprogramm, 85 S.
- P99-501 IG Metall/WZB: Gewerkschaften und Ökologie. Forschungs- und Betriebsprojekte zu nachhaltiger Entwicklung (Dokumentation). Redaktion: Joachim Beerhorst/Anneli Rüling, 58 S.
- P99-502 Eckart Hildebrandt: Arbeit und Nachhaltigkeit, 39 S.
- P99-503 Felix Beutler, Jörg Brackmann: Neue Mobilitätskonzepte in Deutschland – Ökologische, soziale und wirtschaftliche Perspektiven, 80 S.
- P99-504 Volker Hielscher: Gewerkschaftsarbeit im Wohngebiet: Eine Antwort auf neue Herausforderungen der Gewerkschaften?, 29 S.
- P99-505 Sebastian Brandl, Ulli Lawatsch: Vernetzung von betrieblichen Interessenvertretungen entlang der Stoffströme – Alternativen zu dezentralisierten, den einzelnen Betrieb betreffenden Formen der Interessenvertretung, 46 S.
- P99-506 Carroll Haak, Günther Schmid: Arbeitsmärkte für Künstler und Publizisten – Modelle einer zukünftigen Arbeitswelt?, 44 S.
- P99-507 Eckart Hildebrandt: Flexible Arbeit und nachhaltige Lebensführung, 38 S.
- P99-508 Weert Canzler, Andreas Knie: Neue Mobilitätskonzepte: Rahmenbedingungen, Chancen und Grenzen, 33 S.
- P99-509 Elisabeth Redler: Eigenarbeits- und Reparaturzentren – ökologische Qualität der Eigenarbeit, 36 S.
- P99-510 Ulrike Schumacher: Zwischen Ausgrenzung und neuen Potentialen – Die Modernisierung ehrenamtlicher Arbeit und der individuelle Mix von Tätigkeiten am Beispiel des Engagements in Berliner Umweltschutzorganisationen, 59 S.
- P99-511 Thomas Ritt: Die Beschäftigungsfelder im Umweltschutz und deren Veränderung, 41 S.
- P99-512 Frank Kleemann, Ingo Matuschek, G. Günter Voß: Zur Subjektivierung von Arbeit, 50 S.
- P00-501 Frank H. Witt, Christoph Zydorek: Informations- und Kommunikationstechnologien – Beschäftigung, Arbeitsformen und Umweltschutz, 59 S.
- P00-502 Jürgen P. Rinderspacher: Zeitwohlstand in der Moderne, 76 S.
- P00-503 Klaus Fichter: Beteiligung im betrieblichen Umweltmanagement, 38 S.
- P00-504 Adelheid Biesecker: Kooperative Vielfalt und das „Ganze der Arbeit“ – Überlegungen zu einem erweiterten Arbeitsbegriff, 23 S.

- P00-505 Heinz-Herbert Noll: Konzepte der Wohlfahrtsentwicklung: Lebensqualität und „neue“ Wohlfahrtskonzepte, 29 S.
- P00-506 Carsten Schneider: Veränderungen von Arbeits- und Umwelteinstellungen im internationalen Vergleich, 40 S.
- P00-507 Wolfgang Hien: Betrieblicher Gesundheitsschutz und betrieblicher Umweltschutz unter Mitarbeiterbeteiligung: Konflikt- und Synergiepotentiale, 39 S.
- P00-508 Hermann Schäfer: Ökologische Betriebsinitiativen und Beteiligung von Arbeitnehmern an Umweltmanagementsystemen, 31 S.
- P00-509 Josef Hilbert: Vom Kostenfaktor zur Beschäftigungslokomotive – Zur Zukunft der Arbeit in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft, 43 S.
- P00-510 Max Geray: Verbindung der Ökologisierung von Produktionsstrukturen und Produktionsverfahren mit aktiver Gesundheitspolitik im Betrieb, 39 S.
- P00-511 Karin Schulze Buschhoff: Über den Wandel der Normalität im Erwerbs- und Familienleben: Vom Normalarbeitsverhältnis und der Normalfamilie zur Flexibilisierung und zu neuen Lebensformen?, 31 S.
- P00-512 Sabine Krüger: Arbeit und Umwelt verbinden – Probleme der Interaktion zwischen Gewerkschaften und Nicht-Regierungsorganisationen, 57 S.
- P00-513 Uta Cupok: Lokales Handwerk: Dienstleistungen und Unternehmensnetzwerke, 50 S.

Bei Ihren Bestellungen von WZB-Papers schicken Sie bitte unbedingt einen an Sie adressierten **Aufkleber** mit, sowie **je Paper** eine **Briefmarke im Wert von DM 1,00** oder einen "**Coupon Réponse International**" (für Besteller aus dem Ausland).

Please send a **self-addressed label** and **postage stamps in the amount of 1 DM** or a "**Coupon-Réponse International**" (if you are ordering from outside Germany) for **each WZB-Paper** requested.

Bestellschein

Order Form

Absender • Return Address:

An das
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung
PRESSE- UND INFORMATIONSREFERAT
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin

*Hiermit bestelle ich folgende(s)
Discussion Paper(s):*

*Please send me the following
Discussion Paper(s):*

Autor(en) / Kurztitel • Author(s) / Title(s) in brief	Bestellnummer • Order no.